

Schweizerzeit

Bürgerlich-konservatives Magazin für Unabhängigkeit, Föderalismus und Freiheit

«*Ja zur Schweiz*»

Ruanda

2

Guisan und Süssli

16

Der andere Kafka

21



Das neue Paradigma der weltweiten Migrationspolitik

Ruanda

von Isabel Villalon, Ingenieurin im Fach Maschinenbau mit Spezialgebiet Energie

«Take back control» (die Kontrolle zurückgewinnen) war das Motto der erfolgreichen Brexit-Kampagne Grossbritanniens. Der konservative indischstämmige Premierminister Rishi Sunak scheint das Motto ernst zu nehmen.



Die gesamte Welt staunte nicht schlecht, als der Premierminister ein Abkommen mit dem ostafrikanischen Staat Ruanda ankündigte, welches eine ideologische Wende in der Migrationspolitik der westlichen industrialisierten Welt einläuten sollte. Ein Teil der illegal eingereisten Migranten soll sich demnach ab dem 24. Juli

2024 nicht mehr bis zur Ausschaffung auf britischem Boden aufhalten können, sondern gleich ins ostafrikanische Land Ruanda überführt werden.

Die Regierung Sunak hat bereits die organisatorischen und logistischen Massnahmen dafür getroffen. So wurden bereits 500 Sicherheitsmitarbeiter neu eingestellt und für diese Ausschaffungen geschult. Diese Sicherheitsmitarbeiter werden die auszuscaffenden Migranten bis zur Enddestination in Ruanda in eigens dafür gecharterten Flugzeugen begleiten. In Grossbritannien wurden ehemalige, streng geheim gehaltene R.A.F.- (Royal Air Force) Flughäfen aus dem Zweiten Weltkrieg für moderne Flugzeuge wiederhergestellt, um als Abflugbasen benutzt zu werden. Eine kostspielige Angelegenheit. Doch die britische Regierung erhofft sich insbesondere eines: Abschreckung! Dem Menschenhandel soll endlich der Teppich unter den Füßen entzogen werden. Auch Menschenleben werden damit gerettet, denn die Überfahrt in Kleinbooten über den Ärmelkanal ist sehr riskant.

Beträchtliche Kosten, lebenslängliches Aufenthaltsrecht

Das Abkommen mit Ruanda lässt sich die britische Regierung einiges kosten. Gemäss einer parlamentarischen

Anfrage im britischen Oberhaus (House of Lords) wurden bisher 220 Millionen Pfund an den Staat Ruanda für die bauliche Errichtung von Empfangszentren überwiesen sowie zwanzig Millionen Pfund für die notwendigen technischen Anpassungen der Flugzeuge an die Charterfluggesellschaft entrichtet. Der formell noch von König Charles III abzusegnende Staatsvertrag mit Ruanda sieht weitere Zahlungen im Umfang von 370 Millionen Pfund für nicht näher definierte Entwicklungshilfe vor, mit jeweils jährlichen Zahlungen von 50 Millionen Pfund. Nach einer ersten Anzahl von 300 deportierten illegalen Migranten wird ein Sonderbonus von 120 Millionen Pfund für Ruanda fällig.

Ruanda hat sich bereit erklärt, dass die aus Grossbritannien ausgewiesenen Migranten ein lebenslängliches Aufenthaltsrecht bekommen. Eine Ausreise in die jeweiligen Heimatländer der Migranten ist möglich – jedoch ist eine wiederholte Einreise nach Grossbritannien verboten. Um das Verbleiben in Ruanda sicherzustellen, erklärt sich die Regierung seiner Majestät bereit, pro Ausgeschafften 20'000 britische Pfund jährlich an Eingliederungshilfen während fünf Jahren zu bezahlen. Falls der Ausgeschaffte vorher in sein Heimatland zurückreist, gibt es eine einmalige Zahlung von 10'000 britischen Pfund, jedoch an die Regierung von Ruanda. Insgesamt budgetiert die Regierung Sunak satte 151'000 britische Pfund pro nach Ruanda ausgeschafften illegalen Einwanderer. Allein der Flug von Grossbritannien nach Ruanda wird auf 11'000 britischen Pfund veranschlagt.

Widerstand der Migrationsindustrie

Erwartungsgemäss trieb der kühne Plan Sunak sämtliche von der Migrantenindustrie profitierenden Organisationen, kirchliche Organisationen, Verbände und



innova
Sicherheitstechnik.com

INNOVA Sicherheitstechnik Schweiz AG
Lindenhofstrasse 8a
9630 Wattwil
+41 71 988 22 00
info@innova-sicherheitstechnik.ch

Krisenvorsorge | Notvorrat | Trinkwasser | Technik



Wir beraten Sie gerne persönlich und diskret!











WWW.INNOVA-SICHERHEITSTECHNIK.CH

linke Richter auf die Barrikaden. Noch im November 2023 erklärte etwa das oberste Gericht Grossbritanniens den Ruanda-Plan der Regierung für nicht legal. Doch der Premierminister liess sich nicht beirren und brachte den Staatsvertrag und das Auslieferungsgesetz gegen illegale Migranten trotzdem durch beide Parlamentskammern.

Obwohl die Flüge nach Ruanda erst im Juli 2024 beginnen sollen, hat sich bereits eine positive Entwicklung gezeigt: Die illegalen Migranten ziehen es nun vor, per Boot nach Irland einzureisen – Irland, dessen Hände immer noch unter dem unsäglichen Schengen/Dublin-Abkommen gebunden sind. Die illegalen Migrationsströme, die seit drei Monaten plötzlich Grossbritannien umfahren, blieben bei den Regierungen der Hauptdestinationen der Migrationsindustrie nicht unbemerkt. So mehren sich nun aus Deutschland und Österreich Regierungsstimmen, welche am Ruanda-Plan der britischen Regierung unter vorgehaltener Hand Interesse bekunden.

Speerspitze für die westliche Welt

In der Tat spielt Grossbritannien hier die Speerspitze für die gesamte westliche Welt. Es ist überhaupt nicht von der Hand zu weisen, dass ehemalige Kolonialmächte wie Frankreich, Spanien, Portugal und sogar Deutschland ihre guten Beziehungen zu interessierten (sprich devisenschwachen) Ländern in Afrika, Asien und

LACHEN VERBOTEN!



Ein Windkrafttrud mit einer Leistung von zwei Megawatt besteht aus 80 Tonnen Stahl, für die rund 100 Tonnen Eisenerz und 50 Tonnen Kohle benötigt wurden. Es enthält bis zu 1'400 Liter Öl und Hydraulikflüssigkeit. Für das Fundament braucht es rund 1'000m³ bzw. 2'400 Tonnen Beton, d. h. 140 Ladungen eines Mischfahrzeugs. Oftmals werden für den Bau der Anlagen Schneisen in Wälder gerodet, die den Wald angreifbar machen für Stürme und Brände, da der natürliche Schutzwall des Waldes entfernt wurde. Die gerodete Fläche heizt sich auf und stört die umliegende Vegetation. Zudem wird den Tieren viel Lebensraum genommen. Das Ganze nennt sich dann grüne Energie. *Da bleibt einem wirklich das Lachen im Hals stecken.*

(zugesandt von Rolf Rüegg, Ebnet-Kappel)

Lateinamerika spielen lassen, um ähnliche Staatsverträge wie jenen der Briten mit ihrer ehemaligen Kolonie Ruanda, abzuschliessen, um eine konzentrierte, abschreckende Gesamtwirkung zu erzielen. Je mehr solcher Verträge abgeschlossen werden, desto günstiger

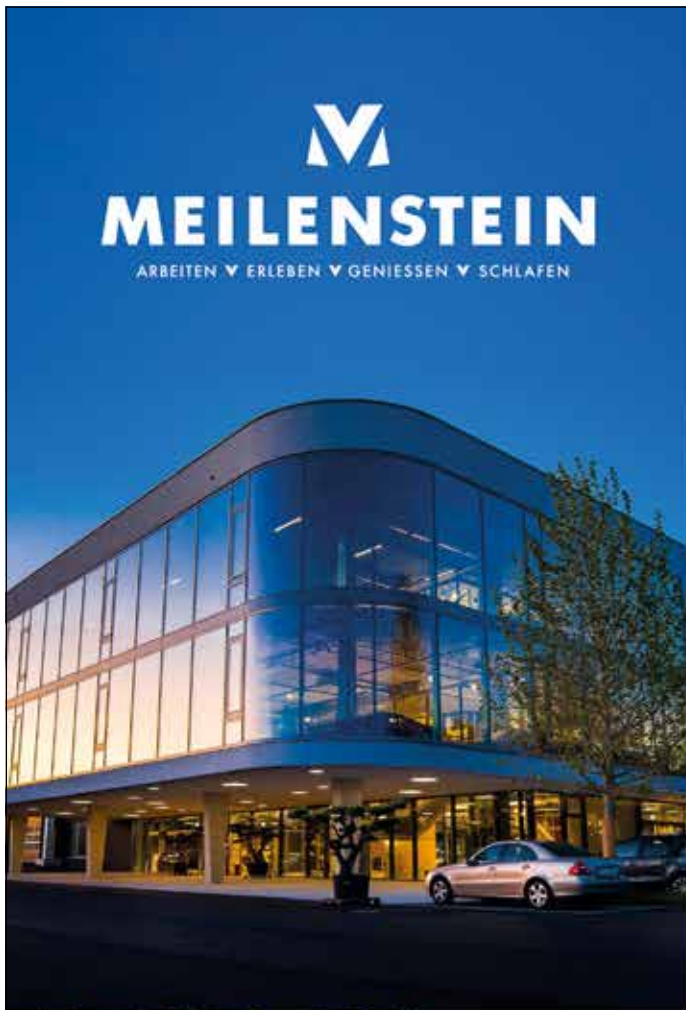
Fortsetzung auf Seite 5

Wann wird der Retter kommen diesem Lande?

(aus Wilhelm Tell)

cartoonexpress.ch
Martin und Jürg Guhl





MEILENSTEIN

ARBEITEN ▼ ERLEBEN ▼ GENIESSEN ▼ SCHLAFEN

➤ EIN EINZIGARTIGES ZENTRALES ERLEBNISHOTEL

Das 4-Sterne-Hotel Meilenstein mit 85 exklusiven Doppelzimmern bietet eine inspirierende Szenerie für geschäftliche oder private Aufenthalte im Herzen der Schweiz.

- Diverse Restaurants lassen kulinarisch keine Wünsche offen
- Faszinierende Unterwasserwelt im Aquarium Langenthal
- Exklusives Fahrzeug- und F1-Museum mit Fahrzeugen aus aller Welt
- Bowling- und Billard-Freizeitspass für Private, Firmen und Vereine
- Eigenes Wellness- und Sportcenter für aktive Freizeitgestaltung



Lotzwilstrasse 66 | 4900 Langenthal | Tel. 062 919 18 18
info@dermeilenstein.ch | www.dermeilenstein.ch



DIE GRÖSSTE INDOOR FAMILIEN- UND ERLEBNISWELT DER SCHWEIZ



WWW.KIDDYDOME.CH

KIDDY DOME SWISS AG | HAUPTSTR. 53 | CH - 4938 ROHRBACH | INFO@KIDDYDOME.CH | TEL. 062 919 60 00



«Das aktuelle Zitat»

«Wer AfD wählt, der wählt ja Nazis. Ja, dann denkst du, alle, die AfD wählen, sind Nazis. Kannst du machen! Aber wenn du mal unters Wahlvolk gehst, merkst du: Nein! Glasermeister Meyer will eigentlich nicht den Führer. Der hat nur bestimmte Probleme mit einer Gesellschaft, die ihm zu offen ist. Er will nicht so viele Ausländer. Und da guckt er seine konservative Partei an, die er früher gewählt hat. Da hat er festgestellt, dass Frau Merkel gesagt hat: «Das schaffen wir!» Und das sagt er: «Sie hat aber nicht gesagt, wie. Und deshalb bin ich jetzt sauer.» Wer ist nun da, um seine Säuernis aufzunehmen?»

Joachim Gauck, Ex-Bundespräsident, beim Gesprächskreis im Ständehaus Dresden am 14. März 2024

werden schlussendlich die «Entwicklungshilfe»-Kosten sein, frei nach dem Gesetz des Angebots und der Nachfrage. Entwicklungshilfekosten, die der Westen ja so oder so bereits à fonds perdu bezahlt.

Der guten Ordnung halber muss hier erwähnt werden, dass die Regierung von Ruanda keine einzige Geldforderung an die Briten für diesen Ausschaffungsvertrag gestellt hat. Die Regierung Sunak hat jedoch aus Fairness-Gründen und wegen ihres internationalen Ansehens als wichtigste Mitgliedsnation des Commonwealth of Nations die eingangs erwähnten Zahlungen offeriert, und Ruanda nimmt sie natürlich hochofrennt an.

Und die Schweiz?

Und was macht die Schweiz? Momentan verspielt Bundesrat Beat Jans, der sich gegen die Bewachung der Landesgrenzen stellt, das positive Momentum mit unseren Nachbarländern, insbesondere mit Deutschland und Italien. Denn diese Länder können den illegalen Migrantenansturm finanziell und politisch bald nicht mehr verkraften. Darum wollen sie ihre Landesgrenzen möglichst rasch wieder bewachen.

Isabel Villalon

Ihr Inserat in der Schweizerzeit:



Nehmen Sie mit mir Kontakt auf. Jederzeit und unkompliziert.

Markus Rezzonico

Inserate-Akquise
SVP-Delegierter
Pro Schweiz-Mitglied
Pro Libertate-Mitglied
PIKOM-Mitglied

Mobile: 079 332 61 61
markus.rezzonico@dietschi.ch

Strassburg-Richter «haben fertig»



Das politische «Klima-Urteil» des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) gegen die Schweiz sorgte zurecht für Empörung. Man muss nicht SVP-Wähler sein, um zu merken, dass es hier längst nicht mehr um den Schutz der Menschenrechte geht. Vielmehr geht es um Einmischung in die politischen Belange eines souveränen Landes – ausgehend von fremden Richtern zu Strassburg, welche die Gewaltenteilung verletzen und demokratische Volksentscheide des Schweizer Soveräns missachten.

Neu ist es nicht, dass die Strassburger Richter mit ideologisch motivierten Urteilen für Irritationen sorgen. Der EGMR hat die Schweiz schon mehr als 120-mal verurteilt – meistens wegen Bagatelldfällen, die vielfach mit den Menschenrechten im engeren Sinne nichts zu tun haben. 2013 rügte der EGMR die Schweiz beispielsweise wegen der Ausweisung eines straffälligen und sozialhilfeabhängigen Nigerianers. Der Entzug der Aufenthaltsbewilligung sei unzumutbar gewesen, weil der betroffene Straftäter in der Schweiz Kinder gezeugt habe. Das damit ausgestrahlte Signal an die Sozialhilfeabhängigen und Kriminellen aus aller Welt war unverkennbar: Schwängert eine Schweizerin, dann könnt Ihr für immer und ewig im Land bleiben!

**Spalte
rechts**

Wegen solcher Skandalurteile habe ich schon zu meiner Zeit als Präsident der Jungen SVP Schweiz lautstark opponiert. Anlässlich der Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag der Ratifikation der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) im Dezember 2014 haben wir vor dem Bundeshaus spontan mit Plakaten protestiert. Als die «Ehrgäste», darunter die damalige Bundesrätin Widmer-Schlumpf, in ihren Limousinen vor den Eingang gefahren wurden, kamen sie nicht an uns Jung-SVP-lern vorbei. Auf einem unserer «Wir feiern nicht»-Plakate stand geschrieben: «Dank Strassburg-Richtern darf ich weiter einbrechen – Ali S., Räuber».

Seither sind fast zehn Jahre vergangen – und bald stehen die 50-Jahre-Feierlichkeiten auf der Agenda. Vielleicht verläuft diesmal nicht mehr alles so aalglatt. Es kann sein, dass das Klima-Urteil der berühmte Tropfen auf den heissen Stein war. Nun empört sich nämlich sogar SP-Ständerat Daniel Jositsch: «Wir haben es mit einem Gericht zu tun, das sich in der eigenen Aufgabenkompetenz massiv überschätzt», sagte er zur NZZ. Und Mitte-Nationalrat Thomas Rechsteiner fordert mit einem Vorstoss, dass die Schweiz ihre EMRK-Mitgliedschaft kündigt. Es wird also spannend...

Anian Liebrand



[swiss-classic-car.ch](https://www.swiss-classic-car.ch)

Industriestrasse 10 | 8117 Fällanden | 044 701 22 44

Der Mantelerlass entmündigt

David gegen Stromgoliath

von Hermann Lei, Kantonsrat, Frauenfeld

Die Stromgoliathe werden im Kampf für die «Windoffensive» und den «Solarexpress» massiv gestärkt. Denn David, der Bürger, soll im Kampf gegen riesige Windräder nie mehr gewinnen.



«Das nationale Interesse geht entgegenstehenden Interessen von kantonaler, regionaler oder lokaler Bedeutung vor». So steht es schwarz auf weiss im Energiegesetz, über das am 9. Juni abgestimmt wird. Das heisst: Wir Bürger sollen nichts mehr zu sagen haben.

Erkennt der Bundesrat einer Energieanlage ein nationales Interesse zu, so kann er künftig beschliessen, dass die notwendigen Bewilligungen in einem konzentrierten und abgekürzten Verfahren erteilt werden. Dies ist ein verfassungswidriger Eingriff in die kantonale Organisations- und Verfahrensautonomie.

Kantone aushebeln

Die Kantone müssen im Richtplan Gebiete von «nationalem Interesse» für Solar- und Windenergieanlagen bezeichnen. Dafür ist keine Grundlage im kantonalen Richtplan mehr möglich. Das bedeutet, dass die jeweiligen kantonalen Parlamente weitgehend ausgeschaltet werden. Bei 16 in der Vorlage genannten Wasserkraftwerken soll künftig die Mitsprachemöglichkeit sogar ganz entzogen werden. Die Behörden oder ein Gericht können also den Bedarf und die Standortgebundenheit einer Anlage nicht mehr überprüfen.

Tür zum Bundesgericht zu

Doch nicht nur das. Kommt das Gesetz, wird der bisherige föderalistische Rechtsweg «von unten» ausgehebelt. Auf kantonaler Ebene wäre künftig nur noch eine Beschwerde an das obere kantonale Gericht möglich. Und das Recht, in den jeweiligen Bewilligungsverfahren ans Bundesgericht zu gelangen, würde massiv beschnitten.

Schnellverfahren

Die Grosskraftanlagen sollen zudem mittels Schnellverfahren innerhalb von sechs (!) Monaten durchgepeitscht werden können. Die bisherige aus gutem Grund nötige sorgfältige rechtliche Prüfung der teils sehr problematischen Grosskraftanlagen wäre nicht mehr möglich.

Rechtsmittel nur noch für die Grossen

Als wäre das noch nicht genug, sollen auch lokale und kantonale Organisationen nicht mehr beschwerdeberechtigt sein. Nur noch gesamtschweizerischen Organisationen wie der WWF (welche z. T. bereits von der Stromwirtschaft gekapert wurden, oder noch werden,

Stichwort «Beschwerdeabkauf») dürfen Rechtsmittel ergreifen.

David gegen Goliath

So stehen in Zukunft Herr und Frau Schweizer allein da, wenn sie gegen eine überdimensionierte Windkraftanlage vor ihrer Haustür die extrem aufwendigen und belastenden Rechtsmittelverfahren durchziehen wollen. Sie werden die immensen Kosten nicht tragen können, weil auf der Gegenseite die mit unendlichen Geldmitteln, einem Heer von Gutachtern und spezialisierten Anwälten ausgestatteten Stromgesellschaften stehen.

Das wäre dann wie David gegen Goliath. Nur dass Goliath gewinnen wird.

Hermann Lei

Churz & Bündig

Die Schweiz strauchelt in eine Defizitperiode. Dies nicht zuletzt, weil der Funktionärsapparat zu Bundesbern zum Selbstläufer wird. Niemand scheint seine fortschreitende Auswucherung in den Griff bekommen zu wollen – trotz seiner finanziellen Gefrässigkeit. Jetzt stellt die SVP Anträge, welche klar auf Eindämmung von Funktionärsapparat und Funktionärsherrschaft ausgerichtet sind. Selbstverständlich lehnen Linke und Grüne, Hauptprofiteure der Funktionärsauswucherung, diese Anträge kategorisch ab. Mitte und FDP hingegen bemühen sich, so zu tun, als wäre das Sparen auch ihr Anliegen. Aber sie wehren sich gegen Anstrengungen zum Abbau des Funktionärsapparats. Sparbefehle, sagen sie, dürfen keinesfalls spürbare Tätigkeits-Eindämmung bewirken. Womit alles beim alten bleibt. Das ist Mitte- und FDP-Politik. Man kann auch sagen: Larifari-Politik.

us

Veranstaltungshinweis:

**Inside Paradeplatz On Stage:
Ueli Maurer live im
Zürcher Schiffbau**



Donnerstag, 23. Mai 2024, um 18 Uhr, mit anschliessendem Dinner im Restaurant LaSalle, 8005 Zürich
Der Preis für den ganzen Abend inkl. Apero und 3-Gang-Dinner beträgt 159 Franken. Zahlungsbestätigung gilt als Ticket.

Leserbriefe

Warum will uns Bundesbern in die EU treiben ?

Wir Schweizerbürger wählen unsere Politiker, damit sie die Interessen unserer Bevölkerung und unseres Landes vertreten. Darum legen sie nach der Wahl einen Eid auf unsere Verfassung ab, für Freiheit und Unabhängigkeit. Aber viele unserer Politiker wollen nicht der Schweiz dienen; sie wollen, dass die EU-Politiker und Funktionäre über uns regieren! Darum wollen sie die Schweiz in die EU treiben. So würde die direkte Demokratie abgeschafft, und sie könnten über uns regieren. Die Euro-Turbos in Bundesbern sind für mich Landesverräter, denn sie wollen unsere einzigartige politische Struktur der Unabhängigkeit, der Freiheit und der Selbstbestimmung über Bord werfen. Dagegen müssen wir uns wehren. Wir sind souverän und wollen das ewig bleiben!

Ari Wöstenfeld, Rapperswil-Jona SG

Ein grosses Kompliment an Dr. Ulrich Schlüer

Vor etlichen Jahren hat mich mein Freund Gerd Habermann auf die Schweizerzeit aufmerksam gemacht. Seitdem bin ich eifriger Schweizerzeit-Leser, weil es doch viele Parallelen zu Deutschland gibt, die man als Bewunderer der Schweiz sonst gar nicht vermutet.

Jedenfalls bin ich überzeugt, dass wir die Schweiz als Vorbild unbedingt brauchen – direkte Demokratie, Neutralität, Kleinteiligkeit, Willensnation. Als Vorbild für Deutschland und Europa. Deshalb ist es wichtig, Zeitungen wie die Schweizerzeit zu haben und zu unterstützen. Wir erleben gerade eine beispiellose Jagd auf die verbliebenen kleinen kritischen Printverlage. Egal ob es um den Altenburger Kurier, die Südthüringer Rundschau oder um «Neues Gera» geht – unsere Anzeigenkunden werden belästigt bis bedroht, ebenso unsere Auslagestellen, jetzt verweigern sich einige Zeitungsdruckereien. Ganz sicher alles auf politischen Druck der Parteien, die um ihre Posten und Pfründe zittern. Wir haben als Alternative für Deutschland Mühe, Menschen zu finden, die sich in kommunalen Parlamenten aufstellen lassen. Zu stark ist der Druck der scheinbaren Öffentlichkeit, vor allem des öffentlichen Dienstes. Ich bin gespannt, wie eine erste Landesregierung der blauen Partei die vielen Posten besetzen will. Episode am Rande: Mein Jagdschein wurde nicht verlängert, weil ich AfD-Mitglied bin. Das betrifft viele – auf Weisung des SPD-Innenministers in Thüringen. Die nächste Zielgruppe sind die Schützen. So werden weite Teile der Bevölkerung eingeschüchtert. Auf das geheime Wahlergebnis freue ich mich schon. Hoffentlich reicht es für einen Politikwechsel in Sachsen und Thüringen. Ich setze mich dafür ein.

In erster Linie wollte ich aber Ihnen, sehr geehrter Herr Dr. Schlüer, zu Ihrer gewaltigen Lebensarbeit gratulieren und Ihnen, dem Verlag, der Stiftung und der Schweizerzeit weiterhin alles Gute wünschen. Und ich wünsche Ihnen und Ihren Nachfolgern allen Mut und allen Erfolg, den so eine Funktion erfordert. Unsere Zeitung gibt es jetzt seit 31 Jahren, und ich bin mir nicht sicher, dass ich wie Sie das 45-jährige Jubiläum schaffe. Auch deshalb Respekt vor Ihrer Leistung! Herzliche Grüsse, auch an Ihre Ehefrau, und viele Jahre genussvoller Gesundheit wünscht Ihnen

Ihr Harald Frank (info@prehliis.de)

Klare Worte von David Klein

Der Artikel von David Klein in der Schweizerzeit Nr. 8/2024 hat mich positiv überrascht. In welcher Publikation sind noch so klare und wahre Worte zum Thema Israel zu lesen? Ich danke der Schweizerzeit für die Veröffentlichung des Artikels. Bis jetzt kannte ich den Namen David Klein nicht. Bei näheren Abklärungen bin ich nun auf Sachen gestossen, die mich zusätzlich schockieren. So erachte ich zum Beispiel die Haltung von Bundesrat Beat Jans gegenüber Israel und seine israelfeindlichen Äusserungen in der Vergangenheit als besorgniserregend, auch wenn man von der SP nicht viel anderes erwarten kann. Aus der Künstlerszene sind in der Regel keine Stellungnahmen pro Israel zu hören, sondern eher üblen Antisemitismus, getarnt als Kunst oder Satire. Umso mehr danke ich David Klein für seine deutlichen Worte und der Schweizerzeit für ihre klare Haltung.

Andreas Schwaller, Gerlafingen SO

STELLENANZEIGE

Ich bin eine 46-jährige Hausärztin in Affoltern am Albis (Kanton Zürich, Säuliamt) in einer Einzelpraxis.

Aufgrund systembedingter Missstände im Gesundheitswesen – die Hausärzten immer stärker die Luft zum Atmen zuschnürt –, habe ich leider grosse Mühe, kostendeckend arbeiten zu können. So ist es für mich im Moment nicht möglich, den heutigen Lohnvorstellungen einer medizinischen Praxisassistentin oder Arztsekretärin gerecht zu werden. So kann ich zum Beispiel auch die Teuerung zur Zeit nicht einmal ausgleichen.

Ich suche daher eine/n

medizinische/n Praxisassistentin/en oder Arztsekretär/in,

welche/r bereit ist, mich flexibel stundenweise in der Hausarztpraxis zu unterstützen. Ich kann im Moment leider nur maximal 25 Fr./h brutto (insgesamt 1'800 Fr./Monat brutto) bezahlen.

Mit Ihrer Bereitschaft, mich auf diese Art und Weise zu unterstützen, würden Sie aktiv mithelfen, eine Grundversorgerpraxis am Leben erhalten zu lassen und eine Hausarztforschungsstudie (LEE CODE) zu ermöglichen, bis ich interessierte Investoren für die Hausarztforschungsstudie habe finden können, um damit meinen Anteil zur Senkung der Gesundheitskosten leisten zu können.

Ihre Kontaktaufnahme mit mir würde mich freuen.



Dr. med. Viviane Trollhagen
Alte Dorfstrasse 18b
8910 Affoltern am Albis
044 760 11 30
viviane.trollhagen@hin.ch

Weshalb deutsche Schüler konvertieren



Barbara Mächtle, 48, Rektorin einer Grundschule im Stadtteil Hemshofen, Ludwigshafen, sagt: «An unserer Schule haben rund 98 Prozent der Schüler einen Migrationshintergrund. Selbst wer hier aufwächst, lernt kaum Deutsch. Die Eltern bestehen darauf, dass zu Hause die Sprache ihres Herkunftslandes gesprochen wird. Spätestens in der Schule kommen die Kinder nicht mehr weiter.» Die Ortspolitik absorbiert dazu Worthülsen: «Wir haben die Lage im Blick!»

Aber nicht im Griff! Und das erwartet diese Kinder: Entwicklungsstillstand im Lebensbereich, keine Lehrstelle, kein Job, kein Einkommen, lebenslange (Sozial-)Abhängigkeit. Ich zitiere aus einem Pressebericht, gestützt auf Zahlen des Deutschen Bundesamtes «Destatis» (2023) mit Hauptsitz Wiesbaden:

«41 % aller einer Straftat verdächtigten Personen sind Ausländer / von der Gesamtzahl aller Tatverdächtigten waren 402'514 Flüchtlinge / die Anzahl der Messerattacken im Lande stieg im Schnitt um 10% zur Vergleichsperiode / von 190'605 überführten Gewalttätern stammten 79'088 nicht aus Deutschland.» Fazit des Bundeskriminalamtes BKA: «Die Zahlen bei Gewalt und Diebstahl steigen in

Deutschland durch Migrationsgeschehen und Zuwanderung.» Gemäss BKA sind vorwiegend junge Männer aus arabische Staaten (Syrien, Afghanistan und Nordafrika) bei Mord, Totschlag und Raub – gemessen an ihrem Anteil an der Bevölkerung – überproportional beteiligt.

Zurück zur Schule mit ihren 98% Migrationsanteil: Es konvertieren deutsche christliche Schüler zum Islam – aus Angst vor schulischer Ausgrenzung. Gemäss dem Kriminologischen Forschungsinstitut (KFN) bekennen sich 67,8% der muslimischen Schüler zur Aussage: «Koran ist wichtiger als deutsches Gesetz.»

Aufgrund dieser Tatsachen appelliert Innenministerin Nancy Faeser für rigorose Kontrollen an den Aussen Grenzen, während der Schweizer Innenminister Beat Jans dafür (noch) keinen Handlungsbedarf erkennt. Wartet man auf deutsche Verhältnisse? Ein Schweizer Politiker hat die drohenden Zeichen der Zeit früh erkannt: SVP-Nationalrat Thomas Burgherr forderte längst vom Bundesrat ein «Konzept für eine Asylpolitik der Hilfe vor Ort».

Hat sich etwas getan? Nun ja, wenigstens sind die «Welcome refugees-Fähnchenschwinger» vom Bundeshausplatz und den öffentlichen Strassen verschwunden.

Charly Pichler

pichler@thurweb.ch

Mitte-Links-Allianz zeigt ihr wahres Gesicht

Mitte-Links plant im Parlament einen Vorstoss in Form eines Finanzcoups, um die Schuldenbremse auszuhebeln. Dabei sollen elf Milliarden Franken zusätzlich für die Armee ausgegeben werden, und weitere fünf Milliarden sollen à fonds perdu in die Ukraine fliessen. Dies wohlverstanden am ordentlichen Budget vorbei, also zusätzlich. Dabei rechnet die Finanzministerin für dieses und die folgenden Jahre jetzt schon mit Milliardendefiziten im Bundeshaushalt. Mitte-Präsident Pfister will wohl zusammen mit den linken Armeeab-schaffern zulasten der arbeitenden und Steuern zahlenden Schweizer Bevölkerung die Ukraine weiter alimentieren, damit der schreckliche Konflikt noch lange

weitergeht, statt mit Verhandlungen ohne gegenseitige Vorbedingungen womöglich gelöst zu werden. Zudem zahlt die Schweiz alles für eine geplante sogenannte Friedenskonferenz Mitte Juni auf dem Bürgenstock, obwohl Russland schon zig-Mal kommuniziert hat, daran nicht teilzunehmen, weil die Schweiz seit über zwei Jahren nicht mehr neutral sei. Hören wir endlich auf, uns vorzumachen, wir könnten mit viel Geld und Waffen allein und einseitig zum Frieden in der Welt beitragen und dafür unsere bewährte Vermittlungsfähigkeit opfern. Der verlogenen Mitte-Links-Allianz sollten wir spätestens bei einer allfälligen Referendumsabstimmung die Quittung ausstellen!

Robert Furrer, Oberkirch LU



«Schweizerzeit»-Special

Fr. 69.– pro Monat exkl. MWSt.
inkl. 300 Kopien und Vor-Ort-Garantie

A3-Farbkopierer, -Scanner, -Drucker und -Telefax

inkl. Original-Einzug, 2 Kassetten, Stapel-Einzug, Unterschrank, TOP-Qualität, dank 1200 dpi, Duplex, Netzwerk, USB 2.0, automat. Hefter, Air-Print, Super Touch-Display, farbig

3 Jahre Vor-Ort-Garantie

OCotex AG – 041 799 50 00

« Das aktuelle Zitat »

«Die Gefahr von links wird grösser. Davor warnte der Chef des Bundeskriminalamtes (BKA), Holger Münch, in der ARD. Das BKA registrierte eine «Zuspitzung der Bedrohungslage aus dem linken Spektrum». Der Links-extremismus erlebt einen neuen Frühling. Das ist nicht nur an den militanten Tesla-Gegnern erkennbar. Auch die Solidarität mit den Alt-Terroristen, wie sie sich in Berlin-Kreuzberg zeigt, deutet darauf hin. Oder die Radikalisierung der Klima-Jugend in Gruppen wie die «Letzte Generation».»

Gunnar Schupelius in seiner Kolumne im Berliner Boulevardblatt «B.Z.» am 18. März 2024



«Weckruf!»

Pro Schweiz lädt zur 2. Mitgliederversammlung nach Bern:

Samstag, 25. Mai 2024, 10.30 Uhr

Mehrzweckhalle Kaserne Bern, Kasernenstrasse 15, 3014 Bern



Alexandre Fasel



Roland Mayer



Dr. iur. Christoph Blocher



Prof. Dr. iur. Andreas Glaser



Nationalrätin Sibel Arslan



Prof. Dr. iur. Christa Tobler



Dr. med. Stephan Rietiker

10.30 Uhr

Beginn mit «Weckruf»
und Schweizerpsalm

Geschäftlicher Teil

12.15 Uhr

Mittagessen (nur für Angemeldete, Preis CHF 35)

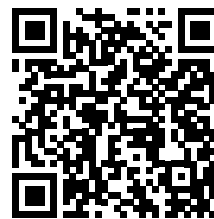
13.15 Uhr

Politischer Teil:

«Schweiz – EU: wie weiter?»

Jetzt anmelden auf www.proschweiz.ch

Tel: 031 357 27 27 info@proschweiz.ch



QR-Code scannen und anmelden

PRO

Schweiz
Suisse
Svizzera
Svizra

Neutralitätsinitiative eingereicht

Starkes Zeichen für unsere Neutralität

von Werner Gartenmann, Geschäftsführer Pro Schweiz, Lauterbrunnen BE



Am 11. April 2024 hat die Bundeskanzlei 132'780 beglaubigte Unterschriften für die «Neutralitätsinitiative» in Empfang genommen – ein starkes Zeichen für die schweizerische Neutralität. Auffallend sind im schweizweiten Vergleich die hohen Unterschriftenzahlen in den Kantonen Genf, Waadt und Tessin. Vor allem in der Rhonestadt ist man sich bewusst, welche Bedeutung eine glaubwürdige Neutralität haben kann. Genf ist Sitz von wichtigen internationalen Organisationen, unter anderem des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes (IKRK). Ob die vom Bundesrat beschlossene Einrichtung eines Nato-Verbindungsbüros in Genf dem Anspruch einer glaubwürdigen Friedensdiplomatie und humanitären Hilfe gerecht wird?

Kurz nach dem russischen Angriff auf die Ukraine hat der Bundesrat auf Druck aus Washington und Brüssel die wirtschaftlichen Zwangsmassnahmen der EU gegen Russland übernommen. In der Folge begann die Einfahrt in die neutralitätspolitische Geisterbahn:

- April 2022: Nationalratspräsidentin Irène Kälin, Grüne, reist mit medialem Tamtam nach Kiew.
- Juli 2022, Locarno: Wohl die sinnloseste Konferenz des Jahres: Wiederaufbaukonferenz für die Ukraine. Bundesrat Cassis im medialen Blitzlichtgewitter.
- Januar 2023: Opernhafte Inszenierung des Besuchs von Präsident Selenski im Bundeshaus.
- März 2023: Verteidigungsministerin Viola Amherd nimmt zum ersten Mal an einem Treffen des Nato-Rates teil.
- Juli 2023: Im Geheimen von Bundesrätin Amherd vorbereitete, medial inszenierte Absichtserklärung mit Deutschland und Österreich für eine gemeinsame europäische (Nato-) Luftverteidigung (European Sky Shield).

- November 2023: Schweizer Kampfpanzer Leopard werden nach Deutschland verschertelt; indirekte Waffenlieferung an die Ukraine (Ringtausch).
- Juni 2024: Geplante «Bürgenstock-Friedenskonferenz» für die Ukraine ohne Russland: Viola Amherd und Ignazio Cassis ausser Rand und Band.

Mit Hochdruck bereitet die politische Führung des Verteidigungsdepartements (VBS) die Nato-Integration vor. Und selbstverständlich wird beteuert, die direkte Demokratie und die Neutralität blieben gewahrt! Frau Amherd mahnt, die militärische Verteidigungsfähigkeit der Schweiz sei nur noch mit der Nato zu garantieren. Statt endlich die Armee in Ordnung zu bringen, reist Frau Bundespräsidentin in Nato-EU-Gefilden herum!

Es braucht jetzt die aussenpolitische Korrektur durch den Souverän. Deshalb wird die Neutralitätsinitiative die Eckwerte der schweizerischen Neutralität in der Bundesverfassung verankern:

Die Neutralität ist immerwährend, bewaffnet und umfassend. Kein Beitritt zu einem Militärbündnis (Nato). Nichtbeteiligung an fremden Kriegen, auch nicht mit nichtmilitärischen Zwangsmassnahmen. Eine glaubwürdige Neutralität ermöglicht gute Dienste und eine echte Friedensdiplomatie.

Das Komitee und die Geschäftsstelle der Neutralitätsinitiative danken allen, welche die Unterschriftensammlung zum Erfolg geführt haben. An dieser Stelle auch der Dank an das Schweizerzeit-Team, das für die Beglaubigung der Unterschriften gesorgt hat. Jetzt geht es an die Vorbereitung der Abstimmungskampagne: «Hopp, a d Säck!»

Werner Gartenmann



am 9. Juni!

NEIN zum anti-demokratischen Stromgesetz



***Mitbestimmung
abschaffen?***

www.naturkomitee.ch



Nein zum Stromgesetz/Mantelerlass am 9. Juni 2024

Gemeindeautonomie abschaffen?

von Siegfried Hettegger, Präsident Freie Landschaft Schwyz

«Die Mitspracherechte der Gemeinden werden nicht angetastet», beteuert Bundesrat Röstli immer wieder. Und das UVEK betont, das Stromgesetz ändere nichts an den demokratischen Mitsprachemöglichkeiten der Bevölkerung.



Diese Aussagen sind falsch. Das revidierte Energiegesetz enthält eine vom Bund und den grossen Medien bislang eisern verschwiegene Bestimmung (Art. 13 Abs. 3): Erkennt der Bundesrat einer Anlage ein nationales Interesse (...) zu, so kann der Bundesrat zudem beschliessen, dass die notwendigen Bewilligungen in einem konzentrierten und abgekürzten Verfahren erteilt werden.

«Konzentriert und abgekürzt» bedeutet: Mit Planungsverfahren auf kantonaler Ebene können die Gemeinden ausgeschaltet und mögliche Rechtsmittel eingeschränkt werden. Dies gilt für Anlagen, welche die erforderliche Grösse und Bedeutung für das «nationale Interesse» nicht erreichen – mit weniger als zwanzig GWh pro Jahr; das sind Windparks mit bis zu drei oder vier Windturbinen, denen der Bundesrat trotzdem das nationale Interesse zusprechen kann. Bisher war das eine Ausnahmeregelung, neu wurde diese Einschränkung gestrichen.

Das Stromgesetz geht noch viel weiter

Die bisherige Richtplanung verlangte eine Interessenabwägung unter Einbezug der kantonalen, kommunalen und lokalen Interessen. Neu bestimmt das Energiegesetz (Art. 12 Abs. 3): Das nationale Interesse geht entgegenstehenden Interessen von kantonaler, regionaler oder lokaler Bedeutung vor. Kantonale und kommunale Naturschutzgebiete, Biotope, Landschaftsschutzgebiete, Naherholung und Tourismus sollen bei der Richtplanung künftig nicht mehr zählen. Wenn Gemeinden dennoch über Mindestabstände oder Schutzzonen für Windkraftanlagen abstimmen, werden die demokratischen Beschlüsse für ungültig erklärt.

Zudem erhalten Anlagen im «nationalen Interesse» neu grundsätzlich Vorrang vor allen anderen Interessen. Das geänderte Stromversorgungsgesetz bestimmt für Solar und Windkraftanlagen, dass (Art. 9a Abs. 4 Buchst. c) das Interesse an ihrer Realisierung anderen nationalen Interessen grundsätzlich vorgeht. Das bedeutet, dass sie praktisch immer gebaut werden können, sobald der Kanton ein Eignungsgebiet ausgewiesen hat. Einsprachen von Anwohnern und Umweltorganisationen haben kaum mehr Aussichten auf Erfolg.

Massiver Windenergieausbau bereits geplant

Schon heute haben die Kantone Vorgaben vom Bund zum Ausbau der Windenergie und müssen im kantonalen Richtplan sogenannte «Eignungsgebiete» ausweisen. Die

Folge ist eine massive Steigerung der Windenergie-Ausbauplanung. Der Kanton Zürich hat 2022 einen Richtplanentwurf mit 120 Windturbinen vorgestellt, St. Gallen einen Richtplan mit 92 und Graubünden einen mit rund 130 Anlagen. Richtpläne sind behördenverbindlich und müssen von den Gemeinden umgesetzt werden.

Und so ist die Lage schon heute: Die Gemeinde Hemishofen (SH) wehrt sich gegen einen Windpark und hat sich geweigert, die kommunale Nutzungsplanung anzupassen. Daraufhin hat ihr der Kanton ein Ultimatum stellt und mit Ersatzvornahme gedroht. In Rickenbach (LU) plant Nationalrätin Priska Wismer-Felder (Mitte) auf dem Stierenberg einen Windpark, obwohl die Gemeindebevölkerung bereits zweimal mit deutlicher Mehrheit für eine Schutzzone gestimmt hat. Trotzdem hat der Kanton angekündigt, dass er die Schutzzone nicht anerkennen werde. Im Kanton Zürich wurden in über dreissig Gemeinden Initiativen für einen Mindestabstand eingereicht, in zehn Gemeinden hat die Gemeindeversammlung bereits zugestimmt. Baudirektor Neukom hat angekündigt, dass der Kanton diese demokratischen Beschlüsse nicht anerkennen werde.

Kantone entziehen den Gemeinden die Planungskompetenz

Eine weitere Methode zur Abschaffung der Gemeindeautonomie liegt im Entzug der Zuständigkeit für das Planungsverfahren. In den meisten Kantonen können heute Gemeinden über Windparks auf ihrem Gemeindegebiet abstimmen. Das soll jetzt geändert werden: Im Kanton Luzern wurde ein neues Gesetz in erster Lesung beschlossen, das das Planungsverfahren auf kantonaler Ebene konzentriert und die Gemeinden entmachtet. In den Kantonen Zürich und St. Gallen laufen ähnliche Bestrebungen.

Weitere Abstriche an der Gemeindeautonomie sind schon im Anmarsch. Mit der Beschleunigungsvorlage hat der Nationalrat im Dezember 2023 beschlossen, dass die Kantone künftig für die Planung von Wind- und Solarparks zuständig sind und auch gegen den Willen der Gemeinden entscheiden dürfen. In der Sommersession wird die Vorlage im Ständerat behandelt.

Fazit: Das Stromgesetz ist ein wesentlicher Baustein zur kompletten Abschaffung der Gemeindemitbestimmung bei Anlagen für «erneuerbare» Energie. Die Änderung der bewährten Kompetenzaufteilung zu Ungunsten der Gemeinden unterhöhlt das Fundament unserer Demokratie.

Siegfried Hettegger

JETZT
MITMACHEN

PRO  LIBERTATE
www.prolibertate.ch

PIKOM
Parteiunabhängiges Informationskomitee
www.pikom.ch



Die Welt wird unsicherer. Die Kriege in Osteuropa und in Nahost sind prominent in den Medien, aber nicht die einzigen Konflikte. Ein Blick in die jüngere Schweizer Geschichte zeigt deutlich: Auch unser Land muss sich immer wieder aufs Neue auf den Ernstfall vorbereiten. Darum braucht es Investitionen in Mensch und Material – und zwar heute! Unsere Milizarmee schützt alle, unterstützen wir darum unsere Armee!

Oberst Thomas Fuchs, Präsident Vereinigung PRO LIBERTATE

SPEZIAL
ANGEBOT

DVD

VERANTSTALTUNGSHINWEISE



Die sicherheitspolitischen Fachreferate von **Peter Regli**, Divisionär aD und ehemaliger Chef des Schweizer Nachrichtendienstes, zum Thema:
«Die Ukraine, Israel und die Migration – wie weiter?»

Donnerstag, 23. Mai 2024, ab 18.45 Uhr im Rest. Glockenhof, Zürich
Mittwoch, 16. Oktober 2024, ab 18.45 Uhr in der Kaserne, Bern

Bitte senden Sie mir Infos zu über die Schweizerische Vereinigung **PRO LIBERTATE (www.prolibertate.ch)** zu.

Bitte senden Sie mir Infos zu über das Parteiunabhängige Informationskomitee **PIKOM (www.pikom.ch)** zu.

Ich bestelle! Bitte senden Sie mir*...

_____ Expl. des Buches «Nacht und Licht» (Preis: Fr. 25.–)

_____ Expl. des Buches «Tell wacht» (Preis: 25.–)

_____ Expl. des Buches «Operationsziel Schweiz» (Preis: Fr. 29.–)

Dokumentarfilm «Das Réduit – Geschichte von 1939 bis 1945»
(Preis: Fr. 24.–) _____ Expl. als DVD _____ Expl. als USB-Stick

*Alle Preise zzgl. Porto und Verpackung

[PL240308SZ]

Vorname, Name _____

Adresse _____

PLZ, Ort _____

Tel./E-Mail _____

Datum, Unterschrift _____

Talon ausschneiden und einsenden an:

Thomas Fuchs, PRO LIBERTATE, Niederbottigenweg 101, 3018 Bern
(oder via E-Mail: info@prolibertate.ch oder via Telefon/SMS 079 302 10 09)

Auch der Zürcher Regierungsrat schwimmt im Genderstrom

Gendersprache-Kakophonie



von Hans-Peter Amrein, alt Kantonsrat, Küssnacht ZH

«Der Regierungsrat wird beauftragt, dem Kantonsrat eine gesetzliche Grundlage zu unterbreiten, welche sicherstellt, dass Schülerinnen und Schüler, Studentinnen und Studenten an kantonalen Bildungsinstitutionen keinerlei Nachteile erfahren, wenn sie aus persönlichen Gründen keine Gendersprache verwenden wollen.» Dies fordert die Motion (KR-NR. 37/2024) der Kantonsrätinnen Susanne Brunner (SVP, Zürich) und Corinne Hoss-Blatter (FDP, Zollikon)



Verschiedene Zürcher Bildungsinstitutionen haben eigene Sprachleitfäden für «geschlechter-gerechte Sprache» oder für «inklusive Sprachgebrauch» entwickelt. Studentinnen und Studenten müssen heute mit einem Notenabzug rechnen, wenn sie in ihren schriftlichen Arbeiten nicht die jeweiligen Sprachvorschriften befolgen. Zudem sind die verschiedenen Formen der Gendersprache oft

grammatikalisch nicht korrekt – wie z.B. Genderstern, Gender-Unterstrich, Genderdoppelpunkt oder das substantivierte Partizip.

Begründung

Auszug aus der Begründung der Motion: Mit der Motion soll sichergestellt werden, dass keine Studentin, kein Student, keine Schülerin oder kein Schüler zum gendergerechten Sprachgebrauch gezwungen werden kann, wenn er oder sie dies nicht will. Zudem wären die Zürcher Bildungsinstitutionen gut beraten, korrektes Deutsch zu lehren. Die Pisa-Studie 2022 zeigt, dass ein Viertel aller 15-Jährigen in der Schweiz nur ungenügend lesen kann. Auch aus diesen Gründen ist es angezeigt, dass Zürcher Bildungsinstitutionen nicht die Einhaltung von Sprachregeln einfordern können, welche nicht den offiziellen orthografischen und grammatikalischen Regeln entsprechen.

Der Regierungsrat lehnt die Motion Brunner/Hoss ab mit der Begründung: «Die Zürcher Hochschulen (Universität, ZHAW, ZHdK, PH) sind selbständige Anstalten des öffentlichen Rechts mit eigener Rechtspersönlichkeit, die ihre Angelegenheiten innerhalb des ihnen zuerkannten rechtlichen Rahmens selbständig besorgen.»

Schlussfolgerungen der Regierung

Und die Regierung kommt zu folgenden Schlussfolgerungen: «Wie vorliegend erläutert, gibt es an den kantonalen Bildungsinstitutionen keine Regelungen, die Schülerinnen und Schüler oder Studierende zu einer gendergerechten Sprache zwingen. Sollten Schülerinnen und Schüler oder Studierende in diesem Zusammenhang im Rahmen einer Beurteilung Nachteile

vermuten, steht ihnen der ordentliche Rechtsweg offen (...) In der Praxis zeigen sich an den Bildungsinstitutionen im Umgang mit gendergerechter Sprache keine Probleme. Da das Anliegen der Motion wie gezeigt erfüllt ist, ist ein Bedarf im Sinne der Motion nicht ersichtlich. Aus diesen Gründen beantragt der Regierungsrat die Motion abzulehnen.»

Die folgenden Zürcher Fachhochschulen verfügen über einen «Leitfaden geschlechter-gerechte Sprache»: PH Zürich, HWZ, ZHdK und ZHAW. Die dem Rektor unterstellte «Stabsstelle Diversity» mit vier Mitarbeiterinnen (!) der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW) gibt in ihrem Leitfaden «Geschlechtergerechte Sprache» Empfehlungen für eine «diskriminierungsfreie» Sprache.

Gemäss einem Geleitwort des Rektors zum «Leitfaden für einen inklusiven Sprachgebrauch» scheint der Duden überarbeitet worden zu sein und gemäss dem Mediensprecher der Schule haben die Dozierenden die Freiheit, «die gendergerechte Sprache als Bewertungskriterium festzulegen.» Dies müsse jedoch vorher angekündigt werden. Ebenfalls liege es im Ermessen der Dozierenden, ob und wie stark die gendergerechte Sprache in die Noten einflüsse.

Weg des geringsten Widerstandes

Die Bildungsdirektion unter Leitung von Dr. Silvia Steiner (Die Mitte) hat es sich schon im Jahr 2022 in ihrer Antwort auf die Anfrage Amrein (KR-NR. 353/2022) leicht gemacht, indem sie auf den Rechtsweg verwies, sollte ein Student oder eine Studentin der ZHAW nicht einverstanden sein, dass seine Arbeit durch den Dozenten auf gendergerechter Sprache untersucht und «bewertet wird.» Dem Regierungsrat seien bis heute keine entsprechenden Rekursverfahren bekannt. Ein Schelm, wer Böses denkt – müssten doch den Rechtsweg verfolgende, benachteiligte Studierende davon ausgehen, dass ihnen dadurch weitere Nachteile entstehen können, bis zum Nichtbestehen der Prüfung bzw. der Nachprüfung.

Fazit: Der Leitfaden der ZHAW beweist die Notwendigkeit des parlamentarischen Vorstosses Brunner/Hoss. Der in Zürcher Bildungsstätten herumgeistern den Gendersprache-Manie muss endlich und endgültig der Stecker gezogen werden!

Hans-Peter Amrein

Ein schönes Bild, ein Paradebild in voller Montur, wurde dem Schweizer Armeechef Thomas Süssli geschenkt, nachdem er kürzlich mit Nato-Generälen in Brüssel Absprachekonversation gepflegt hatte.

Solches sei mit der Neutralität der Schweiz absolut vereinbar, liess Korpskommandant und Armeechef Thomas Süssli – mit Zustimmung seiner Chefin – die Schweizer Medien eilfertigst wissen. Auch General Henri Guisan, der im Zweiten Weltkrieg unserem Land Neutralität und Eigenständigkeit zu bewahren verpflichtet war und diese Verpflichtung auch erfüllte – auch dieser General Guisan habe damals Absprachen getroffen, insbesondere mit den Franzosen. Damals, als der Schweiz vom braunen Nachbarn im Norden existenzielle Gefahr drohte. Was für eine hanebüchene Ausrede!

*

Zwar trifft es zu, dass Henri Guisan – immer alle, immer auch die schlimmste denkbare Entwicklung ins Auge fassend – geheime Abmachungen mit Frankreich eingegangen war. Aber ausschliesslich für den Fall, dass die Schweiz von der Deutschen Wehrmacht angegriffen, mit Krieg überzogen würde. So wie damals, 1940, Holland, Belgien und Luxemburg überrollt und Frankreich



massivst angegriffen wurden. Ausdrücklich für einen solchen Fall eklatanter Verletzung ihrer Neutralität traf Guisan hochgeheime Absprachen mit Frankreichs Armeeführung.

Der befürchtete Angriff der Wehrmacht auf die Schweiz fand damals allerdings nicht statt – nicht zuletzt, weil General Guisan der Schweizer Armee alles ab-

verlangte, um dem Feind klarzumachen, dass jeglichem Angriff auch des übermächtigen Gegners mit äusserstem Einsatz begegnet würde.

Ausserdem zog Guisan das Hauptinteresse Hitlers an der Schweiz gebührend in seine Abwehrstrategie mit ein. Hitlers Hauptinteresse galt den Alpenübergängen – dem Nadelöhr zu seinem verbündeten Italien. Guisans Réduit-Strategie machte den aggressiven Deutschen klar: Kampflös und intakt werden diese strategisch so wichtigen Alpenübergänge Nazideutschland nie und nimmer in die Hände fallen.

*

Guisan und Süssli

Vor diesem Hintergrund fanden Guisans Kontakte mit Frankreichs Heeresführung statt. Nie und nimmer wäre es ihm

in den Sinn gekommen, sich zusammen mit Frankreichs Generälen zu einer der Eitelkeit schmeichelnden Gruppenfotografie aufzustellen, um sich dergestalt den Medien zu präsentieren.

Guisans Interesse galt einzig und allein der Schweiz – ihrem Überleben in Freiheit und Eigenständigkeit. Süssli liess sich mit dem Satz auf den Lippen ablichten, zur Abwehr eines Angriffs – im Jahre 2024 kein realitätsfremder Spleen mehr – sei die Schweiz allein schon lange nicht mehr fähig. Aus solcher Schwäche – die zu beseitigen heute eigentlich seine Hauptaufgabe



wäre – sucht Süssli Anlehnung an die Nato. Anlehnung, aus der nur allzu bald Unterwerfung resultieren könnte. Indem er Guisans Leistung mit seiner «Leistung» vergleicht, degradiert sich Süssli selbst zur peinlichen, ja untauglichen Figur.

*

Henri Guisan wurde zum Symbol der unerschütterlich dem Totalitarismus die Stirn bietenden Schweiz,

Die Stimme der Schweiz

Auf dass sämtliche Staaten der Welt sich jederzeit bewusst sind, dass die Schweiz ein neutrales Land ist und bleibt, müsste der Bundesrat die derzeit unser Land im Uno-Sicherheitsrat vertretende Schweizer Botschafterin verbindlich verpflichten, zu jedem ihrer dort zahllos abgegebenen Voten den Standpunkt der Schweiz wie folgt zum Ausdruck zu bringen:

«Im übrigen tritt die völkerrechtlich als immerwährend und bewaffnet neutral anerkannte Schweiz mit Wort und Tat nachdrücklich dafür ein, dass Konflikte zwischen Staaten ausschliesslich am Verhandlungstisch ausgetragen werden – ohne dass dafür Tausende in Tod und Verderben geschickt und Zehntausende um ihr Hab und Gut gebracht werden.»

Die Schweizerzeit wird diesen Satz so lange wiederholen, bis der Bundesrat seine Pflicht tut.

welche restlos alle Kräfte eigenständig mobilisierte, um Land und Volk nicht dem sie skrupellos bedrohenden, militärisch überlegenen Feind auszuliefern. Süssli, der sich vor der gleichen Aufgabe in einem anderen weltpolitischen Zusammenhang offensichtlich überfordert fühlt, sucht Anlehnung und glaubt, seiner Eitelkeit statt seinem Land ergeben, diese Anlehnung der Schweiz auch noch fotografisch der Öffentlichkeit mitteilen zu müssen.

Dass Süssli, der sich offenkundig im Dienst seiner Chefin Viola Amherd bewegt, zum Hauptverantwortlichen des Ausverkaufs schweizerischer Neutralität, Eigenständigkeit und Freiheit wird, kann er auch nicht vertuschen, wenn er dafür Guisan und dessen Leistung missbraucht. Mit seinem Gruppenbild mit Nato-Generälen vermittelt Süssli der Schweiz die Botschaft, dass die Schweizer Armee unter seinem (von seiner Chefin offensichtlich gedeckten) Kommando sich gar nicht darauf vorbereitet, auch im schlimmsten denkbaren Fall Eigenständigkeit, Unabhängigkeit und




Richterlicher Aktivismus



Am 9. April 2024 verurteilte der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) die Schweiz. Gemäss dem Gerichtshof in Strassburg enthält Art. 8 Abs. 1 der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) auch ein Recht auf einen wirksamen Schutz vor den Auswirkungen des Klimawandels auf Leben und Gesundheit. Die Schweiz sei ihrer diesbezüglichen Verpflichtung nicht nachgekommen. Der Wortlaut der einschlägigen EMRK-Bestimmung lautet: «Jede Person hat das Recht auf Achtung ihres Privat- und Familienlebens, ihrer Wohnung und ihrer Korrespondenz». Klimaschutz ist dort nirgends erwähnt. Weder bei der Erarbeitung der EMRK noch bei der Ratifikation durch die Schweiz 1974 dachte man an ein Menschenrecht auf Klimaschutz.

Der EGMR hat also nichts weniger getan, als ein neues Menschenrecht zu schaffen. Soll der Richterspruch praktische Bedeutung haben, wird die Schweiz zusätzliche Verbote zwecks Klimaschutz erlassen, mithin Freiheitsrechte Dritter beschneiden müssen. Die EMRK war einst als Bollwerk gegen staatliche Willkür gedacht, nun soll sie Grundlage für Freiheitsbeschränkungen sein.



Eine Investition für eine freie, unabhängige Schweiz

Die Schweizerzeit-Stiftung ermöglicht dem Verlag «Schweizerzeit» die Realisierung von Publikationen und Informationsanlässen zur Stärkung der Freiheit, der Unabhängigkeit und der Selbstbestimmung der neutralen, eigenständigen und wehrhaften Schweiz.

Sie unterstützen die Schweizerzeit-Stiftung zum Beispiel, indem Sie in Ihrem Testament ein **Legat** an die Schweizerzeit-Stiftung vorsehen.

Oder Sie können als Stiftungs-Gönner dem Schweizerzeit-Club beitreten.

Dürfen wir Sie ausführlicher dokumentieren?

Schweizerzeit-Stiftung
 Dr. Ulrich Schlüer, Geschäftsführer
 Tel. 052 301 31 00 / Mail: stiftung@schweizerzeit.ch

Freiheit der Schweiz verteidigen zu können oder auch nur verteidigen zu wollen. Er wird zum Ausverkäufer unserer Neutralität, während Guisan der Bewahrer von Neutralität, Eigenständigkeit und Freiheit der Schweiz war. Unsere Armee darf im Ernstfall nie und nimmer Süsslis Kommando anvertraut werden.

Ulrich Schlüer

Unzensuriert

Der akrobatische Umgang mit dem bestehenden Recht widerspiegelt generell die aktivistische Grundhaltung des EGMR. Zieht man jene Beschwerden ab, die ohnehin für unzulässig erklärt oder aus dem Register gestrichen wurden, erfolgte gemäss dem bundesrätlichen Bericht «40 Jahre EMRK-Beitritt der Schweiz» (2014) zwischen 1974 und 2013 in über 60% der beurteilten Fälle mindestens eine Verurteilung der Schweiz. Die Schweiz hat dabei keine Möglichkeit, in rechtlich verbindlicher Weise ein Fehlurteil des Gerichtshofs weiterzuziehen.

Ein Gerichtshof, der unter dem Deckmantel der Rechtsanwendung neue Rechte kreiert, wird zum Gesetzgeber und missachtet die Gewaltenteilung. Derartige richterrechtliche Ansprüche entstehen, anders als im Parlament, ohne breit abgestütztes demokratisches Gesetzgebungsverfahren. Die für das Funktionieren einer Demokratie notwendige, aber mühsame Suche nach Kompromissen braucht die Richter im Strassburger Elfenbeinturm nicht zu kümmern. Ein Urteil von 17 Richtern reicht, und schon ist ein neues Recht geschaffen. Das Strassburger Urteil zeigt damit in erster Linie ein Demokratiedefizit auf, dem die Mitgliedstaaten mehr oder weniger schutzlos ausgeliefert sind.

Patrick Freudiger

Schädliche Risiken und Nebenwirkungen

2x NEIN zu Kostenbremse- und Prämien-Initiativen

Kosten von bis zu 1200 Franken pro Haushalt

Die Prämien-Initiative führt zu immensen Mehrkosten. 2030 sollen es bis zu 11,7 Mrd. Franken pro Jahr sein. Das belastet Haushalte massiv.

Sparsame Kantone werden zur Kasse gebeten

Die Umverteilung betrifft auch sparsamere Kantone. Sie müssen über den Bund die Prämienverbilligung für weniger sparsame Kantone bezahlen. Das ist ungerecht.

Bürokraten entscheiden, Kranke müssen warten

Die Kostenbremse-Initiative rationiert die Medizin. Weil sich der Kostendeckel an der Konjunktur orientiert, werden Behandlungen bei schlechter Wirtschaftslage eingeschränkt. Das ist absurd.



Deshalb: 2x NEIN zu den Gesundheitsinitiativen

www.gesundheitsinitiativen-nein.ch

Mittelstand belasten und Gesundheit begrenzen?

Nein zur Kostenbremse- und zur Prämien-Initiative

von Esther Friedli, Ständerätin, Ebnat-Kappel SG

Gleich zwei Gesundheitsinitiativen kommen am 9. Juni an die Urne. Beide Initiativen nehmen zwar berechtigte Sorgen auf, liefern aber die falschen Rezepte. Kranken werden notwendige Behandlungen verwehrt, und der Mittelstand wird durch höhere Steuern belastet.



Sache ist: Unser Gesundheitswesen gilt als eines der besten der Welt.

Berechtigte Sorgen, falsche Rezepte

Dass die Gesundheitskosten so stark gestiegen sind, hat diverse Gründe: Einerseits herrscht eine regelrechte Regulierungswut, die auch das Gesundheitspersonal in ihrer Arbeit behindert. Zudem wird der Anteil der älteren Leute immer grösser, und chronische Krankheiten nehmen zu. Der medizinische und technologische Fortschritt führt dazu, dass die Kosten für neue Therapien steigen, die wir im Krankheitsfall jedoch gern in Anspruch nehmen.

Nun stimmen wir über zwei neue Gesundheitsinitiativen ab, welche die Regulierungsflut noch verstärken und keine Senkung der Gesundheitskosten bringen.

Neue Steuern für den Mittelstand

Die Prämien-Initiative der SP betreibt reine Symptombekämpfung. Sie pumpt zulasten des Mittelstandes einfach mehr Geld ins System. Die Gesundheitskosten werden erst recht explodieren, und jegliche Sparanreize werden eliminiert. Für Bund und Kantone fallen gemäss Botschaft des Bundesrates schon im Jahr 2030 bis zu 11,7 Mrd. Franken Mehrkosten jährlich an. Wird der Anteil des Bundes (bis zu neun Mrd.) über die MwSt finanziert, muss diese um rund 2,3 Prozentpunkte auf 10,4% erhöht werden. Für einen durchschnittlichen Haushalt ergeben sich Zusatzkosten von bis zu 1'200 Franken pro Jahr. Gleichzeitig steigen die kantonalen Steuern, da die Kantone einen Drittel der Prämienverbilligung leisten müssen.

Doch damit nicht genug: Die Gesundheitsversorgung ist Sache der Kantone. Die masslose Prämien-Initiative der SP macht damit Schluss. Über die Erhöhung der MwSt führt sie zu einer Quersubventionierung, indem jene

Kantone, welche ihre Gesundheitskosten im Griff haben, die Prämienverbilligung der anderen zahlen müssen.

Zweiklassen-Medizin

Auch die Kostenbremse-Initiative tönt verlockend – sie ist aber hoch gefährlich: Denn die Koppelung an die Konjunktur führt zu einer Rationierung im Gesundheitswesen. Damit die starren Budgets eingehalten werden, dürfen nicht mehr alle behandelt werden. Die medizinische Qualität sinkt und neue, zeitgemässe Therapien und Medikamente werden verzögert oder ausgebremst. Wer sich keine zusätzliche Privatversicherung leisten kann, muss bei Krankheit warten. Die Leistungen von Ärzten und Spitälern werden rationiert. Wer wenig Geld hat, wartet am längsten. Die Zweiklassen-Medizin wird Realität.

Gezielte Gegenvorschläge zu beiden Initiativen

Wegen der vielen Schwächen der beiden Initiativen hat das Parlament jeweils einen Gegenvorschlag verabschiedet, der bei Ablehnung der Initiativen in Kraft tritt. Der Gegenvorschlag zur Prämien-Initiative bringt eine Entlastung von rund 360 Mio. Franken pro Jahr und massgeschneiderte Lösungen für alle Kantone. Der Gegenvorschlag zur Kostenbremse setzt klare Ziele für das maximale Kostenwachstum in der obligatorischen Krankenpflegeversicherung. Damit wird das Kostenwachstum auf ein erträgliches Mass beschränkt. Diese Massnahmen wirken rascher, bringen keine gefährlichen Risiken und respektieren die Souveränität der Kantone. Darum bitte ich Sie, beide Initiativen abzulehnen.

Esther Friedli



ZANETTI
CH-7742 POSCHIAVO

Telefon 081 844 09 08
Telefax 081 844 10 20
Mail: info@zanettispecialita.ch
www.zanettispecialita.ch

Filiale Bahnhof Chur
(nur 1 Minute vom
Billettschalter entfernt)
Telefon 081 253 60 60

Nichts ausser Klima-Angst



Kennen Sie Lisa Mazzone? Sie muss eine bedeutende Persönlichkeit mit grossem beruflichem Leistungsausweis sein. Immerhin schrieb das zwangsfinanzierte Staats-SRF im April 2024: «Der Lebenslauf Mazzones ist bemerkenswert. Die Medien bezeichneten sie daher auch schon mal als Überfliegerin.» Frau Mazzone ist seit rund einem Monat die neue Präsidentin der Grünen. Sie war die einzige Kandidatin.

Ihre Ernennung zur Parteipräsidentin war also gar keine Wahl im eigentlichen Sinne.

In ihrem Wikipedia-Eintrag findet sich auch kein Hinweis zum Beruf. An anderer Stelle im Internet wird «Politikerin» als «Beruf» von Lisa Mazzone aufgeführt. Diese «Überfliegerin» mit «bemerkenswertem Lebenslauf» ist also offenbar mit 36 Jahren noch nie in ihrem Leben einem echten Beruf nachgegangen. Sie studierte französische Literaturwissenschaft sowie Latein (welches Unternehmen braucht eine solche «Arbeitskraft»?). Sie sass acht Jahre lang im Parlament und wurde bei den letzten Wahlen abgewählt.

Eine grosse «Leistung» fehlt noch in der Aufzählung. Im Jahr 2015 nach ihrer Wahl in den Nationalrat

Hinter feindlichen Linien

schrrieb ebenfalls SRF: «In der etwas grauen und ernsten Atmosphäre des Parlaments fällt sie mit ihrem breiten und strahlenden Lachen und frischen Auftreten eindeutig aus dem Rahmen».

Frau Mazzone kann also nicht nur auf Kosten der Steuerzahler leben, sie kann auch sehr gut lächeln. Gemäss der linken Staats-Propaganda des zwangsfinanziertem SRF ist dies alles ein «bemerkenswerter Lebenslauf». Dreister lügen geht fast nicht.

Auch der rot-grüne Tagesanzeiger fantasiert einen «unbestrittenen Leistungsausweis» herbei und fragt: «Lisa Mazzone, die mächtigste Grüne der Schweiz – kann sie neben Klima-Angst auch Hoffnung machen?» Meine Antwort: Nein. Ausser irrationale Klima-Angst kommt von dieser «mächtigsten» Grünen bislang nichts. Die Schweiz ist für 0,1 Prozent des menschengemachten CO₂-Ausstosses verantwortlich.

Die hunderte Milliarden Steuerfranken, die durch die Klimamassnahmen in der Schweiz vernichten werden, haben also null Auswirkung aufs Klima. Auch diesen unbestrittenen Fakt verschweigen die Journalisten seit Jahren. Kartellmedien: Lügen als Kerngeschäft.

Samuel Balsiger

Samuel Balsiger ist Gemeinderat und Fraktionspräsident in der Stadt Zürich. In seiner Kolumne schreibt er über die Irrungen der linken Politik.



Neue «Sicherheitsstandards». Früher gab es in der Fahrausbildung die Zielsetzung: Das Fahrzeug muss in jeder Situation beherrscht werden. Heute ist es umgekehrt. Die automatische Tempobremse (ISA) soll Tempomat, Tempobegrenzer, Navigationsgerät und Verkehrszeichenerkennung kombinieren, um das vorgeschriebene Tempo einzuhalten. Ist der Fahrer zu schnell unterwegs, ertönt ein Warnsignal, oder es leuchtet eine Warnlampe auf. Ebenfalls zulässig ist eine haptisch-aktive Form des Aufbaus eines Gegendrucks am Pedal. Die Verordnung der EU erlaubt den Fahrzeugherstellern aber auch den Einbau eines Tempobegrenzers mit deutlich strengerer Auslegung. Ist die Fahrt zu schnell, kann die Motorleistung so lange gedrosselt oder sogar komplett abgeriegelt werden, bis das Tempo unter dem vorgegebenen Limit liegt. – Und so sieht nun eine Fahrt von Blödwil nach Absurdistan aus: Aufgrund der Endzeit-Paniker ist die Geschwindigkeit durchgehend auf 50 limitiert. Wenn nun der Fahrer «hart am Limit» mit knapp 60 fährt, greifen die «Systeme»:

Der Tempomat fällt aus – das ist ein dreimaliges Piepsen. Auf dem Navi beginnt zeitgleich die Verkehrstafel zu blinken, und es ertönt ein noch höheres Piepsen. Jetzt kommt nochmals ein Warnsignal, gemeinsam mit dem wiederholten Panikruf der GPS-Tante «Jetzt bremsen!» Schliesslich folgt noch die «haptisch-aktive» Unterstützung des «ganzen Prozesses»: Auf dem Gaspedal wird ein Gegendruck aufgebaut, der das Gaspedal nach oben drückt. Und natürlich ist alles kombiniert bzw. «notiert» im Endphasenschreiber. Das gibt «Kohle» in den Geldsäckel des Staates!

*

Sieg der Vernunft. Die schwedische Regierung will die Verwendung von Bargeld stärken. Mehr noch: Auch die Ziele der Agenda 2030 wurden aus den Regierungsrichtlinien gestrichen, und die irre Klimasteuer auf Treibstoffen wird kurzerhand abgeschafft – weil die Regierung das alles für Nonsense hält. Sie will das Recht der Menschen auf Bargeldzahlungen unterstützen. Überhaupt haben die Schweden genug vom Sozialstaat zu ihren Lasten. Endlich einmal eine positive Nachricht!

Tis Hagmann

Zum 100. Todesjahr des Prager Autors

Der andere Kafka

von Prof. Dr. Mario Andreotti, ehem. Gymnasiallehrer, danach Lehrbeauftragter für Sprach- und Literaturwissenschaft an der Universität St. Gallen

Franz Kafka gilt vielen von uns als Inbegriff eines unglücklichen Menschen. Mit ihm verbinden wir im Grunde nur Negatives: Pessimismus, Einsamkeit, Krankheit und frühen Tod.



Wir stellen uns Kafka gerne vor, wie er in einem kargen, düsteren Zimmer, das nur von einer Kerze erleuchtet ist, über ein Blatt gebeugt am Schreibtisch sitzt und für sich selbst schreibt. Dabei neigen wir zur weitverbreiteten Ansicht, Kafkas Erzählungen und Romane seien erst nach dessen Tod von seinem Freund Max Brod, den er 1902 kennen gelernt hat, herausgegeben worden, und übersehen gerne, dass vor allem die frühen Erzählungen und kleineren Prosaskizzen schon zu Lebzeiten des Autors veröffentlicht wurden.

Ebenso verbreitet ist die Ansicht, dass Kafka erst Jahrzehnte nach seinem Tod Leser gefunden habe, und dies gleichsam gegen seinen Willen, da er testamentarisch die Vernichtung seiner noch ungedruckten Manuskripte verfügt habe. Dass er seit 1912 aus seinen Werken, vor allem aus den Erzählungen «Das Urteil» und «In der Strafkolonie», öffentlich gelesen hat, und dass er bereits 1915 aus der Hand von Carl Sternheim den renommierten Fontane-Preis entgegennehmen konnte, wird oftmals vergessen.

Richtig ist indessen, dass Max Brod die unvollendeten Romane «Amerika», «Der Prozess» und «Das Schloss» z. T. Jahre nach Kafkas Tod und sein Tagebuch gar erst 1951 publiziert hat. Doch Brods Beteuerung, er habe «fast alles, was Kafka veröffentlicht hat», diesem mit «List und Überredungskunst» abgefordert, eine Aussage, die in der Kafka-Forschung lange unwidersprochen blieb, kann angesichts von Kafkas reger Publikationstätigkeit nicht länger aufrechterhalten werden. Verabschieden müssen wir uns vor diesem Hintergrund wohl auch von der Vorstellung, dass der Prager Autor 1924 noch völlig unbekannt ins Grab sank.

Eine aufmerksame Lektüre von Kafkas Briefen und Tagebuchaufzeichnungen zwischen 1910 und 1923 sowie die Erinnerungen von Zeitgenossen an ihn würde uns, mit Blick auf sein Leben, eine Reihe von Überraschungen bereiten. Wie soll die Vorstellung

vom grossen Einsamen, der in selbstgewählter Abgeschiedenheit, seine rätselvoll-finsteren Geschichten schreibt, mit der Tatsache vereinbar sein, dass Kafka es auch verstand, sein Leben zu geniessen und dass er durchaus die Gesellschaft anderer suchte – dass er beispielsweise mit Max Brod Reisen nach Zürich, Lugano, Mailand und Paris unternahm, die ihren Niederschlag in seinen Reisetagebüchern fanden, und dass er als junger Mann in den Ferien mit dem Motorrad über die Landstrassen Böhmens knatterte, Tennis spielte, sich für technische Neuerungen wie Flugzeuge und Automobile interessierte, oft ins Kino ging und sich schliesslich mit Freunden ins Prager Nachtleben stürzte. Alles Fakten, die von der Kafka-Forschung kaum oder nur am Rande wahrgenommen wurden.

Was dürften die Gründe sein, dass das Bild von Franz Kafka bei vielen Lesern immer noch recht einseitig ist? Es ist wohl kein Zufall, dass Kafkas Ruhm, von seinem Freund Max Brod gefördert, sich erst nach dem Zweiten Weltkrieg und zuerst in der angelsächsischen Welt verbreitete. Obwohl Kafka schon 1915 für seine ersten Erzählungen, wie bereits erwähnt, den Fontane-Preis erhielt, musste die Menschheit erst das «Zeitalter der Angst», der Bombennächte, KZs und die ganze moderne Brüchigkeit des Seins erleben, ehe sie im Prager Dichter ihre eigene existentielle Situation erkennen konnte. Nicht umsonst hat unsere Epoche den Begriff «kafkaesk» geprägt für etwas, was dunkel, auf rätselhafte Weise bedrohlich, als mit dem Verstande schwer nachvollziehbar erscheint.

So gilt denn Franz Kafka nicht nur als berühmtester Junggeselle der Literatur und als wohl meistgelesener Autor deutscher Sprache, sondern auch als einer der verkanntesten Autoren, weil neben der bedrückenden Seite seiner Werke die heitere Seite seines Wesens bis heute nur unzureichend gewürdigt worden ist. Und das trotz der unzähligen Interpretationen, die Kafkas Werke erfahren haben.

Prof. Dr. Mario Andreotti, ehemals Gymnasiallehrer, danach Lehrbeauftragter für Sprach- und Literaturwissenschaft an der Universität St. Gallen, ist der Verfasser des Standardwerks «Die Struktur der modernen Literatur. Neue Formen und Techniken des Schreibens», das bereits in der 6., stark erweiterten und aktualisierten Auflage vorliegt.

Mario Andreotti



DER 4x4 FÜR DIE SCHWEIZ

Von Natur aus entspannt.
Auch in scharfen Kurven
und engen Gassen.
Der neue Impreza 4x4.

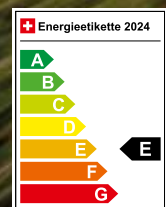


Von Natur aus mit umfangreicher Serienausstattung:

- Effiziente SUBARU e-BOXER-Hybrid-Technologie
- Permanenter symmetrischer Allradantrieb
- Neuste Version des Fahrerassistenzsystems EyeSight

subaru.ch

Abgebildetes Modell: Impreza 2.0i e-BOXER AWD Advantage, 136/16,7 PS, Energieeffizienz-Kategorie E, CO₂-Emissionen kombiniert: 166 g/km, Treibstoffverbrauch kombiniert: 7,3 l/100 km.



emilfrey.ch



Danke für Ihre Unterschrift!

Die Förderklassen-Initiative ist ein Muss

von Hanspeter Amstutz, ehem. Sekundarlehrer und Bildungsrat, Fehraltorf ZH

Seit zwanzig Jahren wird am Modell der integrativen Volksschule (alle Schüler kommen in die Regelklasse) herumgeflickt, ohne dass sich ein Erfolg abzeichnet. Den Regelklassen wird ein Auftrag zugemutet, den sie in vielen Fällen gar nicht erfüllen können. Darum ist die Wiedereinführung der bewährten Förderklassen für alle Beteiligten ein Vorteil und ein Muss.



Die Unterstützung in einigen Lektionen durch Heilpädagogen reicht bei weitem nicht, um in einer heterogenen Klasse oft mehrere verhaltensauffällige oder schwache Schüler zu integrieren. Denn die besondere Aufmerksamkeit, welche solche Schüler benötigen, geht auf Kosten des Lernfortschritts der ganzen Klasse. Das Dogma der totalen Integration führt zu schulischen Tragödien, die sich in einer betreuten Förderklasse nicht abspielen würden.

Flexible Lösungen mit Förderklassen ermöglichen

Statt das Scheitern der integrativen Bemühungen einzugestehen und Offenheit für Lösungen mit Förderklassen zu signalisieren, wird das Stigma der «Ausgrenzung» einzelner Schüler bis zum Überdross ins Feld geführt. Das stetige Beschönigen der Probleme durch gewisse Bildungspolitiker droht zu einem ernsten Konflikt mit den

Schulpraktikern zu führen. Die Förderklassen-Initiative ist ein konstruktiver Vorschlag, um die gegenwärtige Krise zu überwinden.

Frustration an den Schulen

Tatsache ist, dass sich bereits das Dreisprachenkonzept der Primarschule als hohles Versprechen erweist, dass das überladene Kompetenzfuder des neuen Lehrplans ein Papiertiger bleibt und dass von einer wirkungsvollen Bildungssteuerung durch ein übergeordnetes Monitoring angesichts des Deutschdebakels im PISA-Test keine Rede sein kann. Dazu kommt die erwähnte Integration, die krachend gescheitert ist. Und nun sollen auch noch die Zeugnisnoten abgeschafft werden. Handeln tut not!

Konzentrieren wir uns nun aber auf die Wiedereinführung der Förderklassen. Ich bitte alle Stimmberechtigten im Kanton Zürich, den beigelegten Initiativbogen zu unterschreiben und rasch einzusenden. Herzlichen Dank!

Hanspeter Amstutz

EDU-Standpunkt – Zeitschrift mit Mehrwert

EDU+UDF
Eidgenössisch-Demokratische Union

Die Monatszeitung zum politischen und christlichen Zeitgeschehen.

Bestellschein

- Ich möchte den EDU-Standpunkt abonnieren zum Preis von CHF 30.– pro Jahr (11 Ausgaben)
- Ich möchte den EDU-Standpunkt kennenlernen. Senden Sie mir gratis einige Probeexemplare.
- Geschenkabon für:

Vorname/Name _____

Strasse/Nr. _____

PLZ/Wohnort _____

E-Mail _____

Datum/Unterschrift _____

Einsenden an: EDU-Standpunkt, Postfach 43, 3602 Thun
oder per E-Mail: info@edu-schweiz.ch; Tel. 033 222 36 37



Die EDU politisiert auf der zeitlosen Grundlage christlicher Werte.

NIE MEHR ANGST VOR DER ZWANGS-IMPfung UND DEM ZWANGS-CHIP

...BRINGT AUCH DIE **WHO-VERTRÄGE**
VOR DAS VOLK UND SICHERT
FREIHEIT SOWIE DIREKTE DEMOKRATIE

EIDG. ABSTIMMUNG AM 9. JUNI 2024

JA FÜR FREIHEIT UND
KÖRPERLICHE UNVERSEHRTHEIT



Unterstützen Sie den Versand der **Abstimmungszeitung** in jeden Briefkasten in Ihrer Gemeinde



BIS 1. MAI 2024 IHRE GEMEINDE SPONSERN

<https://t1p.de/initiative-freiheit-unversehrtheit>



Der starke Arm der FBS Freiheitliche Bewegung Schweiz
www.schweiz-macher.ch

Volksabstimmung vom 9. Juni 2024

Ja zur Initiative «Für Freiheit und körperliche Unversehrtheit»

von Richard Koller, Präsident «Freiheitliche Bewegung Schweiz» und Initiant des Volksbegehrens

Jeder Mensch, der wahrhaftig für Leben, Freiheit und Frieden, für uns und nachkommende Generationen, für Kinder in Gesundheit und mit Lebensglück einsteht, kann nur ein JA zur «Freiheit und körperliche Unversehrtheit» auf den Abstimmungszettel schreiben.



Jeder von uns muss die Wahrheit suchen und auch hinaus-tragen. Die Wahrheit verdient es, hinausgetragen zu werden. Lassen Sie mich dazu Karl Jaspers (1883–1969) aus der Rede «Die Voraussetzung des Friedens» im Jahr 1958 zitieren: «Friede ist nur durch Freiheit, Freiheit nur durch Wahrheit möglich. Daher ist die Unwahrheit des eigentlich Böse, jeden Frieden vernichtende».

Nur wenige Jahrzehnte ist es her, seit der Faschismus in Europa, Russland und China, sei er auf den Pfeilern des Kommunismus oder des Sozialismus entstanden, hunderte Millionen von Leben, unsägliches Leid für Mensch und Tier gefordert hat.

Und heute geschieht es im Namen verschiedener Bedrohungen – wie im Namen der Pandemie – wieder: Menschen werden in den Hass getrieben, Geimpfte gegen Ungeimpfte und Soziale gegen Asoziale angestachelt, und wiederum lassen wir uns von dieser Hetze und indoktrinierten Ängsten in den Hass treiben. Dieser Hass soll uns hindern, nach der Wahrheit zu suchen, frei von Voreingenommenheit zu werden und miteinander den Frieden zu bewahren und zu fördern.

Noch vor 2–3 Jahren wurden Menschen – ich habe es selber erlebt – angespuckt und bedroht, nur weil man ein Mensch war, der dem heute bewiesenermassen erlogenen Narrativ der Corona-Pandemie nicht gefolgt ist und sich nicht impfen liess. Wir wurden als Verschwörungstheoretiker, Schwurbler, Asoziale, Gefährder und schlimmer betitelt, und Jürg Grossen, Präsident GLP, aber auch andere, wollten Ungeimpfte markieren lassen und von allen sozialen Kontakten ausgrenzen. Haben wir nichts gelernt? Haben wir alles vergessen? Ist es uns nicht mehr im Bewusstsein, dass es Politik, finanziell Mächtige und Medien waren, die mindestens die Mitverschuldung tragen, wenn schreckliches Leid und Elend die Welt heimsuchten? Wollen wir diesen sich anbietenden Strukturen für Korruption – Politik, Medien, Grosskonzernen

und Wissenschaft – die Kontrolle über unsere Körper geben und über die Körper der Neu- und noch Nichtgeborenen? Wie lange dauert es, bis Ärzte sich wieder auf ihren hypokritischen Eid und den Nürnberger Kodex besinnen? Wer den eigenen Körper, die letzte Bastion unserer Freiheit, an Organisationen, sei dies an die WHO, den Bund oder an die Uno abtritt, der hat es wahrlich nicht verdient, von Elend befreit und frei zu sein.

Wie sich bereits herausgestellt hat, siehe NZZ vom 22.10.2022 war schon Bersets Aussage dazumal eine bewusste Lüge zur Rechtfertigung der Massnahmen: «Mit dem Zertifikat kann man zeigen, dass man nicht ansteckend ist.» Und: «Es ist der Weg aus der Krise.» Obwohl auch das BAG wusste, dass dies ein Lüge war, wurde weiterhin behauptet: «Die Impfung schützt davor, das Coronavirus weiterzugeben.»

Dass die Behörden die Bevölkerung getäuscht haben und über die Wirkungen der Covid-Impfung nie transparent informierten, wurde kurze Zeit später durch die Anhörung der Pfizer-Managerin Janine Small vor dem Europäischen Parlament bestätigt. Kürzlich hat nun auch die europäische Arzneimittelbehörde EMA bestätigt: «Der Impfstoff schützte weder vor Ansteckung noch vor der Weiterverbreitung des Virus». Und wieder schwiegen die Medien und das BAG und es kam nichts, keine Entschuldigung, keine Anstalten zur Aufarbeitung.

Diesen Institutionen und Politiker wollen sie die Macht über IHREN Körper übertragen?

Die Volksinitiative «Für Freiheit und körperliche Unversehrtheit» soll unsere Freiheit bewahren und uns die Wahl offenlassen: «Welches Risiko will ich für mich übernehmen, das Risiko der Impfung oder das Risiko der Bedrohung?» Wir wollen selbst bestimmen dürfen, was in unseren Körper gespritzt oder ob ein Microchip in den Körper implantiert wird. Dieses grundlegende Menschenrecht, welches alle Parteien und Politiker, welche die Nein-Parole gefasst haben, mit Füßen treten und mit Blut an den Händen abschaffen wollen, dürfen wir NIE verlieren!

Richard Koller

«Pop-Islamisten» im Anmarsch

Das Kalifat rückt näher

von Markus Melzl, ehem. Kriminalkommissar und Sprecher der Staatsanwaltschaft Basel-Stadt

Wer in der Schweiz an den Steinzeit-Islam denkt, dem kommt sicher zuerst der Islamische Zentralrat in den Sinn. Doch wer einen Blick auf die neuesten Entwicklungen in Europa, vor allem in Deutschland und nicht zuletzt auf in der Schweiz wirft, wird schnell eines Besseren belehrt.



Der fundamentalistische Islam kommt nicht mehr daher mit Männern im Kaftan und mit Wallebart. In Deutschland fand Anfang April dieses Jahres ein Treffen der Gruppierung «Muslim Interaktiv» statt, an welcher sich Hunderte von Islamisten einstellten. Raheem Boateng, ein 25-jähriger Student aus Hamburg, ist Chef und zugleich Star dieser Gruppierung. Ein

polizeilicher Ermittler nennt die Anhänger «Pop-Islamisten», denn diese treten wie Leute aus der Hip-Hop-Szene auf. Sie kleiden sich sportlich-modern, fahren PS-starke Autos, gehen ins Fitness-Studio zum Krafttraining und sind grösstenteils in Deutschland geboren und aufgewachsen.

Dass sich in einem westlichen Land lebende Menschen derart einen Staat nach den Regeln der Scharia wünschen, ist schon ziemlich verstörend. In Niedersachsen wurde eine Schülerbefragung durchgeführt, an welcher auch 300 muslimische Schülerinnen und Schüler im Durchschnittsalter von 15 Jahren teilnahmen. Fast siebzig Prozent der Muslime gab an, dass ihnen die Regeln des Korans wichtiger seien als die deutschen Gesetze. Rund die Hälfte glaubt, dass ein islamischer Gottesstaat die beste Staatsform sei, und viele haben Verständnis für Gewalt gegen Menschen, die Allah oder den Propheten Mohammed beleidigen.

Sympathie von Links-grün

Gerade der Krieg in Gaza beschert der Organisation vermehrten Zulauf. Die Verantwortlichen haben offenbar rasch realisiert, dass die Sache der Palästinenser in vielen links-grünen Kreisen auf grosse Zustimmung stösst. Hassprediger dieser Szene reden von der Ablehnungshaltung deutscher Bürger gegenüber Muslimen, und bei vielen Mainstream-Medien wird diese Haltung zusätzlich befeuert. Nachdem die Zahlen der Polizeilichen Kriminalstatistik in Deutschland publiziert worden waren und die sonst stets schönredende SPD-Innenministerin Nancy Faeser hart auf dem Boden der Realität aufschlug und Klartext über die Ausländerkriminalität reden musste, relativierte die Sendung «Monitor» des ARD diese Zahlen. In diesem Sendeformat wurde getrickst und geschummelt, bis die klaren Aussagen derart verwässert waren, dass zum Schluss nur noch übrig blieb, dass die Ausländerkriminalität mehr ein Produkt

der bösen Polizei und Strafverfolgungsbehörde wäre. Uff, gerade nochmal geschafft, nicht über den rosafarbenen Elefanten im Raum – vulgo von Ausländern verübte Gewaltdelikte – sprechen zu müssen.

Radikalisierung auch in Europa

Aktuell verschärft sich in Europa ein weiteres, sehr beunruhigendes Phänomen. In etlichen europäischen Staaten und auch in der Schweiz gibt es Tendenzen, dass sich ganz junge Menschen, darunter auch viele Mädchen, über die sozialen Medien in der islamistischen Szene bewegen und sich dabei radikalieren. Kürzlich wurden in der Ostschweiz drei Teenager festgenommen, welche Anschläge geplant hätten und Kontakte zu IS-Sympathisanten unterhielten. Gemäss einem Terrorexperten seien diese Jugendlichen sehr gewaltaffin, bewegten sich auf Tiktok und Youtube und konsumierten teilweise auch Enthauptungsvideos des Islamischen Staates. Geraldine Casutt, Expertin über islamistischer Extremismus an der Universität Freiburg, sagt denn auch, dass bei diesen jungen Mädchen kaum Wissen über den IS und den Jihadismus vorhanden sei. Um es salopp auszudrücken: Sie fühlen sich vom IS und von den Gewaltorgien angesprochen, an Intelligenz mangelt es ihnen jedoch im hohen Masse. Ein brandgefährlicher Umstand. Diese Jugendlichen sind für viele Hassprediger eine willkommene und willfähige Manipulierungsmasse. Wenn irgendwo ein Selbstmordattentäter, eine Selbstmordattentäterin gesucht wird, dürften Teenager aus dieser Personen-gruppe mit Sicherheit ins Visier von Jihadisten geraten.

Markus Melzl

Churz & Bündig

Das Parlament hat entschieden, Nazisymbole wie Hakenkreuz und Hitlergruss komplett zu verbieten – obwohl solche Symbole längst verboten sind, wenn sie Propagandazwecke erfüllen und damit beabsichtigt wird, «Dritte zu beeinflussen und für die Ideologie zu gewinnen». Die dahintersteckenden Kreise, die ein – völlig nutzloses – «Zeichen für die jüdische Community» setzen wollen, sind die gleichen, die sich der Realität verweigern, dass der real existierende, Juden und Christen an Leib und Leben bedrohende Antisemitismus durch den Massenzustrom an radikalen Muslimen selber verursacht respektive importiert wurde. Typische Symbolpolitik eben – im wahrsten Sinne des Wortes.

al

Eine neue, zielgerichtete Asylpolitik tut not

Asylchaos endlich beenden

von Stephan Amacker, dipl. Maschineningenieur ETH, Neftenbach ZH

Neben anderen europäischen Staaten versucht auch die Schweiz die scheinbar unaufhaltsame Völkerwanderung aus der südlichen Hemisphäre durch das bestehende und völlig untaugliche Mittel der Schweizer Asylgesetzgebung zu bewältigen. Entgegen verbreiteter Behauptungen hat die Schweiz keine Verpflichtung zur Vergabe von Asyl; die Allgemeine Menschenrechtserklärung (AEMR, Art. 14) beinhaltet lediglich das Recht, um Asyl zu ersuchen.



Erzeugt wird diese Völkerwanderung durch Schwellenländer, in denen Krieg, undemokratische Verhältnisse und wirtschaftliche Not herrschen. Die Länder, aus denen ihre Bewohner fliehen, sind geprägt durch autokratische Führungen. Dazu kommt der global grassierende Neokolonialismus zur Ausbeutung von Bodenschätzen. Korrupte und undemokratisch regierende Herrscher ermöglichen die Ausbeutung mittels Schmiergeldzahlungen, die sie selbstherrlich verschleudern, statt sie in die Entwicklung ihres Staates zu investieren.

Weltweit sind gemäss Uno 110 Millionen Menschen auf der Flucht, eine Zahl, die den westlichen Ländern 6,4% und damit der Schweiz jährlich über 500'000 Menschen «zuordnet», die kumulativ angesiedelt und assimiliert werden müssten. Dieser Migrationsdruck hilft mit, dass die Bevölkerungszahl der Schweiz auf über zehn Millionen zusteuert. Eine neue Form des Kolonialismus ist die Zuwanderung der in den armen Ländern teuer aufgebauten Eliten, kurz Braindrain genannt. Dadurch wird der Aufbau einer florierenden Wirtschaft sabotiert. Fremdsprachen, berufliche Qualifikation, sowie bescheidene Geldmittel reichen aus, um über Schlepperorganisationen die Reise in eine vermeintlich bessere Welt anzutreten. Gross ist auch die Gruppe der Flüchtlinge aus Kriegsgebieten. Diese sind in der Regel wenig qualifiziert und möchten nach Beendigung des Krieges in ihre Heimat zurückkehren. Mit den eingehandelten Kulturdifferenzen verliert die Schweiz zunehmend ihre Identität. Insbesondere der

Islam schafft inakzeptable Verhältnisse, da er die Scharia als integralen Anteil seiner Religion ansieht. Über 95% der Asylsuchenden entpuppen sich als Wirtschaftsmigranten, die zwar kein Asyl erhalten, aber aus «humanitären Gründen» nicht zurückgeschafft werden können. Ein trübes Kapitel sind die kriminellen Schlepperbanden, die Hunderttausende von der nordafrikanischen Küste nach Europa bringen.

Das bestehende Asylrecht ist durch eine andere Migrationspolitik zu ersetzen. Die wichtigsten Massnahmen sind: Kündigung des Dubliner Abkommens, das von vielen EU-Ländern nicht eingehalten wird. Kündigung des ineffizienten Schengenabkommens; Besetzung der Grenzposten zur Kontrolle der illegalen Einwanderung, sowie Rückweisung von Asylsuchenden ohne CH-Asylantrag an der Grenze. Rückschaffung abgelehnter Asylantraganten in ihre Heimatländer oder in Auffanglager in angrenzenden Ländern. Rückschaffung über den Seeweg statt mit Flugzeugen. Entwicklungshilfegelder bei renitenten Ländern umgehend auf ein Sperrkonto legen. Schariagesetze verbieten und deren Vertreter des Landes verweisen.

Um nicht in den Abwärtsstrudel der EU-Mitgliedsstaaten zu geraten, dürfen wir keinesfalls den geplanten Kolonialvertrag unterschreiben, in dem diverse Themen der Migration zu Ungunsten der Schweiz geregelt sind; dies gilt auch für den Uno-Migrationspakt. Wir sollten unsere globale Verantwortung zur humanitären Hilfe wahrnehmen und nicht ganze Völker mit falschen Versprechungen in eine glücklose Zukunft führen. Nur eine neue, zielgerichtete Asylpolitik kann unsere Stärken bewahren, um weiterhin global und humanitär wirkungsvoll zu sein.

Stephan Amacker

GOAL GLOSSAR

Mobilisierung

Mobilisierung

<lat.> mobilis – «beweglich», «biegsam»

Damit unsere Kunden den grösstmöglichen Erfolg erzielen, muss die definierte Zielgruppe mobilisiert, also dazu bewegt werden, im gewünschten Sinne abzustimmen oder zu wählen. Deshalb sind unsere Kampagnen so gestaltet, dass sie den Adressaten bewegen und nicht spurlos an ihm vorbeigehen.

Wir freuen uns auf Sie!
Alexander Segert, Geschäftsführer
Tel. 043 499 24 00
info@goal.ch, www.goal.ch

GOAL
AG für Werbung und Public Relations

Wir wollen Ihren Erfolg



Vielfältige *SCHWEIZERZEIT-* Leserschaft



hf. Einer der das Wein-Handwerk und die Wein-Kunst von der Pike auf gelernt hat, der Ing. HTL (Oenologe) studiert hat und Kellermeister und dann technischer Betriebsleiter der berühmten Landolt-Weine AG in Zürich gewesen ist, muss von der Materie etwas verstehen. Und das ist bei ihm auch der Fall. Er war und ist zum Teil immer noch in den verschiedensten Berufsorganisationen tätig, und in der Armee war er Adj Uof (Adjutant Unteroffizier). Seine besondere Leidenschaft war der Schiesssportbereich, und daneben fand er auch noch Zeit für das Gemeindepräsidium im zürcherischen Regensberg. Die Liste seiner vielfältigen – oft ehrenamtlichen – Tätigkeiten und Auszeichnungen ist fast endlos und verdient grössten Respekt.

Fritz Kilchenmann (fritzkilchenmann@hispeed.ch)



Am 14. April 1945, also kurz vor dem Kriegsende in Europa, wird Fritz Kilchenmann im Weiler Unterwagengburg, Gemeinde Oberembrach, geboren. Hier, am Rand des Plateaus von Brütten (im Kalten Krieg bedeutsam als wahrscheinlicher Luftlanderaum «ROT») verbringt er auch die ersten Schuljahre. 1955 zieht seine Familie nach Regensberg, wo er die restlichen Primarschuljahre absolviert und die Sekundarschule in Dielsdorf besucht. Dort, im Umfeld der berühmten Weinberge an den sonnigen Abhängen von Regensberg, hat ihn wohl auch die Leidenschaft für Reben und Wein gepackt.

«Nach meiner Berufslehre (1962–65) als Weinküfer bei Landolt Weine AG in Zürich folgte das Studium an der Ingenieurschule Wädenswil zum Ing. HTL Oenologe. Dann absolvierte ich Praktika in den Kellereien Bujard (Lutry, VD) und Delaloye (Ardon, VS) sowie bei der Brauerei Hürlimann in Zürich.» Und der tüchtige junge Mann kommt rasch voran: Von 1970 bis 1978 ist er Technischer Betriebsleiter der Obst- und Weinbaugenossenschaft

Wädenswil, dann bis 1985 Kellermeister der Landolt Weine AG, und von 1986 bis 2003 ist er daselbst als Technischer Betriebsleiter tätig.

Aktiv in Berufsorganisationen

Fritz Kilchenmanns Tätigkeiten in den verschiedensten Berufsorganisationen sind beeindruckend: 1975 bis 1979 amtiert er als Obmann der Fachgruppe Weinbereitung im Vorstand des Vereins Ehemaliger Wädenswiler (VEW) und präsidiert den Verein danach während zehn Jahren. Zudem gehört er dem Konkordatsrat und der Schulkommission der Ingenieurschule an. Während fast zwanzig Jahren ist Fritz Kilchenmann auch Mitglied der Degustationskommission des Schweizerischen Kellermeisterverbandes, und während fünf Jahren Vizepräsident des Verbandes der Schweizer Oenologen. Zudem wirkt er fast dreissig Jahre lang als Experte und Examinator bei Lehrabschluss- und Meisterprüfungen. Und sein umfassendes Wissen ist ebenso gefragt als Mitglied und danach als Präsident der Berufsbildungskommission der Wein-technologen. Und bis 2019 ist er u.a. auch noch Präsident der VEW-Senioren und Leiter Logistik der Internationalen Weinprämierung Zürich Expovina.

«Mein Leitsatz für die Ausbildung junger Leute: Sie müssen in der Lehre das nötige Rüstzeug bekommen, damit sie sich später in der Berufs- und Arbeitswelt zurechtfinden und sich weiterentwickeln können. Das gilt ebenso im Sport, im Jungschützenwesen und in andern Bereichen.»

Aktiv im Militär

Auch der Militärdienst bedeutet ihm viel. 1965 absolviert er die RS als Mitrailleur in der legendären Infanteriekaserne mitten in Zürich. «Damals konnten wir noch einigermaßen problemlos zu Fuss oder motorisiert die Arbeits- und Schiessplätze auf der Allmend und im Höckler erreichen, heute wäre das unmöglich», meint Fritz Kilchenmann. «Aber die aktuellen Armee-Probleme liegen tiefer: Die heutige Weltlage muss doch jedem verantwortungsvollen Bürger und jeder Bürgerin die Augen öffnen, dass wir rasch wieder eine einsatzfähige Verteidigungsarmee und die dafür nötigen Mittel brauchen – und es geht doch nicht an, dass jedes Jahr Tausende von jungen Männern keinen Militärdienst leisten, weil sie frei zwischen Militär- und zivilem Ersatzdienst wählen können.



An der Feldschiesen-Rundfahrt mit Regierungsrätin Rita Fuhrer, Divisionär Sohlenthaler und Otto Schnellert, Präsident Bezirksschützenverband Zürich



Fachmännische Weindegustation



Der frischgebackene Feldweibel Kilchenmann

Die Politik muss diesen Missstand endlich korrigieren!>

Auch seine militärischen Pflichten hat Kilchenmann mehr als erfüllt: Er «macht weiter», wird Feldweibel und schliesslich zum Adj Uof befördert und leistet insgesamt 711 Diensttage. Dies aus Überzeugung, um etwas für die Sicherheit unseres Landes zu leisten.

Ein Leben für den Schiesssport

Fritz Kilchenmann war als begeisterter und treffsicherer Schütze Mitglied des Schiessvereins Regensberg, der Pistolenschützen Rümliang und der Schützengesellschaft der Stadt Zürich, und er ist immer noch Mitglied der Schützenveteranen Bezirk Dielsdorf. Seine weitgehend ehrenamtlichen Tätigkeiten für den Schiesssport auf allen Stufen sind fast unglücklich. Allein für den Zürcher Schiesssportverband war er (kumuliert) während 71 Jahren in den verschiedensten Funktionen tätig – u. a. als Mitglied des Kantonalvorstandes, Präsident der Jungschützenkommission, Präsident des Kantonalen Schützenverbandes und Mitglied des Schweizerischen Schützenrates. Zu seinen ehrenamtlichen Funktionen gehörten u. a. auch das Präsidium des Schiessvereins Regensberg und des Bezirksschützenverbandes Dielsdorf, wo er auch Jungschützenchef war.

Zudem war der Unermüdliche Schützenmeister im Verband Schweizer Schützenveteranen, Mitbegründer und Kurator des Zürcher Unterländer Wyberschiessens, Ressortchef bei verschiedenen Schützen-Grossanlässen, Chef des Schiesskomitees der zwei Eidgenössischen Veteranenschützenfeste 2004 und 2019 in Zürich – aber auch kantonalen Kampagnenleiter gegen die Waffenverbotsinitiative. Kein Wunder, dass ihm für seine enormen Verdienste zahlreiche Ehrenmitgliedschaften verliehen wurden.

Berufliche Erfolge und Misserfolge

«Erfolg hatte ich zusammen mit andern Mitstreitern, als wir uns dafür einsetzten, dass die Ausbildung von Winzern und Weintechnologen nicht räumlich getrennt wurde, sondern auf Wädenswil konzentriert blieb. So blieben auch die gemeinsamen Lehrkräfte zusammen und ihr Potenzial konnte weiterhin voll ausgeschöpft werden. Weniger Erfolg hatte ich gegen die «Sparmassnahmen» von Bundesbern: Trotz meinen brieflichen Einwänden wurde die Ingenieurausbildung für Weinfachleute ganz nach Changins (VD) verlegt, wo ausschliesslich Französisch unterrichtet wird.»

Der umgängliche, humorvolle und stets gern gesehene Gast bei Schützen-, Kameraden- und andern Treffen und Anlässen hat auch politisch eine klare Linie: «Ich kann mit der Wischiwaschi-Politik gewisser Parteien und ihrer Exponenten gar nichts anfangen. Unser schönes Land kann seine einzigartigen direktdemokratischen Errungenschaften und seinen Wohlstand nur bewahren, wenn wir frei, sicher, unabhängig, selbstbestimmt und neutral bleiben und dafür auch etwas leisten.»

Und bescheiden meint der bald 80-jährige Jungebliebene, er hoffe, dass er seinen Beitrag geleistet habe.

Das hat er – in der Tat!

Hans Fehr



Am 80. Geburtstag seines Freundes alt Nationalrat Dr. Hans Ulrich Graf, Bülach († 2010) mit dessen Frau Waltraud


Büchertisch
BESTSELLER**Verheimlicht, vertuscht, vergessen**

Was 2023 nicht in der Zeitung stand

Gerhard Wisniewski

Das Jahrbuch nicht vermittelter Medienmeldungen: Eine Chronologie, welche lückenhafte, tendenziös-verzerrende, den Leser gänzelnde Berichterstattung entlarvt und mit den realen Fakten, welche

zu verfälschter Berichterstattung führten, konfrontiert.

Kopp, Rottenburg 2024, 284 S., geb., ill., (Richtpreis Fr. 26.50)
Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 23.85

**Ist das euer Ernst?**

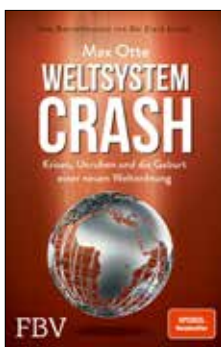
Aufstand gegen Idiotie und Ideologie

Peter Hahne

Gepfefferte, präzise treffende, glänzend unterhaltende Kommentare zu den Idioten, die uns links-grüne Chaos-Politiker und ihre Mediengefolgschaft täglich einzureden versuchen. Aufgeblasenes «Problembewusstsein» gegenüber behaupteter Klimakatastrophe nimmt Hahne

ebenso aufs Korn wie die Woke-Ideologie und masslose Übertreibungen, die lediglich totalitären Machtanspruch tarnen.

Quadriga, Köln 2024, 141 S., geb., (Richtpreis Fr. 17.50)
Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 15.75

AKTUELL**Weltsystem Crash**

Krisen, Unruhen und die Geburt einer neuen Weltordnung

Max Otte

Max Otte, Währungs- und Finanzspezialist, unabhängiger Anlageberater, betrachtet den Crash, den Zusammenbruch des in Überschuldung versinkenden Währungs-

systems als letztlich unausweichlich. In seinem Buch belegt er dies ausführlich und rät, wie man sich drohendem Schaden entziehen kann.

Finanzbuch, 2020 (2019), 639 S., geb., ill., (Richtpreis Fr. 34.50)
Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 31.05

**Die Wuhan-Verschörung**

und das erschreckende Wettrüsten mit Biowaffen

Robert F. Kennedy Jr.

Der Autor, unabhängiger Präsidentschaftskandidat in den USA, durchdringt sorgfältig belegt unglaubliche veröffentlichte Behauptungen

über den Ursprung der Corona-Pandemie. Er stützt sich dabei auf unabhängige, sich jeglicher Bestechung entziehende Beobachtungen und Schlussfolgerungen. Ein Buch, das weltweit Aufsehen erregt.

Kopp, Rottenburg 2024 (2022, Copyright beim Autor), 864 S., geb., (Richtpreis Fr. 40.50) Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 36.45

**Die Kommunistin**

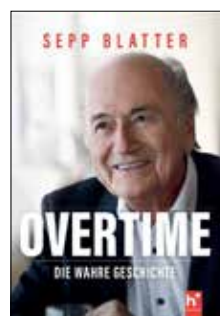
Sahra Wagenknecht: Eine Frau zwischen Interessen und Mythen

Klaus-Rüdiger Mai

Sahra Wagenknecht ist zweifellos eine interessante Schlüsselfigur im Rahmen des politischen Niedergangs, der Deutschland heimsucht. Sie ent-

zieht sich den etablierten Roten, anerkennt Masseneinwanderung als Bedrohung und versucht, eigenständigen Linken den Weg in eine bessere Zukunft zu zeigen. Als früher gesuchte Talkshow-Teilnehmerin ist sie in ganz Europa bekannt.

Europaverlag, München 2024, 288 S., geb., (Richtpreis Fr. 33.50)
Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 30.15

SCHWEIZ**Overtime**

Die wahre Geschichte

Sepp Blatter

Die Autobiographie des schliesslich vom Thron des Weltfussballverbands gestossenen Mr. Fussball. Blatter schildert sowohl seinen Werdegang als auch die Hintergründe seiner Entmachtung: Interessant zu studieren, fesselnd zu lesen. Vorwort von Altbundesrat Ueli Maurer.

Helvetia Verlag, Bern 2024, 144 S., brosch., ill., (Richtpreis Fr. 36.90)
Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 33.20

Die Schweizerzeit liefert Ihnen sämtliche Bücher deutlich günstiger als zu den vorgegebenen Richtpreisen. Erfüllen Sie sich doch all Ihre Bücherwünsche via Schweizerzeit-Bücherdienst.

ZEITGESCHICHTE

Queen Elizabeth II.*Ihr Leben in Bildern***David Souden**

Ein eindrücklicher, umfassender, gut gegliederter Bildband über Leben und Wirken der weltweit geschätzten englischen Königin, die von 1926 bis 2022 viele Jahrzehnte euro-

päischer Geschichte mitgeprägt hat.

Weltweit wurde ihr hohe Achtung gezollt. Der Bildband ruft in Erinnerung, wie sie das öffentliche Leben mitgestaltet hat und wie die Öffentlichkeit ihr Wirken erfahren und gewürdigt hat.

Prestel, München (London, New York) 2022, 240 S., geb., sehr reich ill., (Richtpreis Fr. 37.90) Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 34.10

BUCHZEICHEN

Krise als Mittel zur Macht*Mit einem Vorwort von Thilo Sarrazin***Fritz Söllner**

Krisen häufen sich derzeit in Europa in horrendem Tempo. Sie werden von Regierenden und Funktionären allesamt genutzt, um demokratische Mitentscheidungsmöglichkeiten einzuschränken, um Regierungsmacht zu stärken.

Gefährliche, Europa Schaden bereitende zentralistische Machenschaften, die ohne aus Krisen abgeleitete Sondervollmachten kaum durchzusetzen wären, lenken das Geschehen in Bahnen, welche Bürgerinnen und Bürger freiwillig niemals wählen würden. Die Demokratie ist bedroht — von oben!

LangenMüller, München 2022, 318 S., geb., (Richtpreis Fr. 32.90) Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 29.60

Bestellschein

Schweizerzeit

BESTSELLER

- Verheimlicht, vertuscht, vergessen **à Fr. 23.85**
 Ist das euer Ernst? **à Fr. 15.75**

AKTUELL

- Weltsystem Crash **à Fr. 31.05**
 Die Wuhan-Verschworung **à Fr. 36.45**
 Die Kommunistin **à Fr. 30.15**

SCHWEIZ

- Overtime **à Fr. 33.20**

ZEITGESCHICHTE

- Queen Elizabeth II. **à Fr. 34.10**

BUCHZEICHEN

- Krise als Mittel zur Macht **à Fr. 29.60**

Name/Vorname: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Tel-Nr.: _____

Datum/Unterschrift: _____

Bestellung an:

Schweizerzeit-Bücherdienst, Postfach 54, 8416 Flaach
 Tel. 052 301 31 00, Fax 052 301 31 03, buechertisch@schweizerzeit.ch

Der Schweizerzeit-Bücherdienst kann Ihnen jedes vom Buchhandel lieferbare Buch vermitteln. Die Versandkosten für Sendungen bis Fr. 100.– betragen Fr. 9.–, Sendungen über Fr. 100.– sind versandkostenfrei.

(09/03.05.2024)

SCHWEIZERZEIT am Radio

Das einzige unabhängige
liberal-konservative Radio für den
deutschsprachigen Raum

Auch die Schweizerzeit ist dabei!

Jeden Montag, 10 bis 11Uhr

Am 22. April, 10Uhr: Nationalrat Markus Ritter,
Präsident des Bauernverbands, über die Situation
der Bauern in der Schweiz und in Europa.

www.kontrafunk.radio

oder in der App

KONTRA FUNK



.radio
Die Stimme der Vernunft

Die nächste Schweizerzeit
erscheint am

17. Mai 2024

Schweizerzeit

Impressum

Herausgeberin: «Schweizerzeit» Verlags AG,
8416 Flaach, PC-Konto 84-3870-9
IBAN: CH95 0900 0000 8400 3870 9
BIC: POFICHBEXXX

Verlagsleitung: Ulrich Schliüer

Redaktion: Postfach 54, 8416 Flaach

Telefon: 052 301 31 00

Telefax: 052 301 31 03

redaktion@schweizerzeit.ch

www.schweizerzeit.ch

Leitung: Anian Liebrand

Mitarbeiter: Samuel Balsiger, Karl Eckstein,
Hans Fehr, Patrick Freudiger, Thomas Fuchs, Alex
Grendelmeier, Tis Hagmann, Hermann Lei, Markus
Melzl, Mihajlo Mrakic, Charly Pichler, Thorsten
Polleit, Ulrich Schliüer, Isabel Villalon

Inserate: Markus Rezzonico, 079 332 61 61

Layout, Druck: Dietschi Print&Design AG,
Ziegelfeldstrasse 60, 4601 Olten,
062 205 75 75, info@dietschi.ch

Veranstaltungen: Elisabeth Liebi

Finanzen, Organisation: Daniela Locher

Einzelpreis: CHF 4.–, erscheint 14-täglich

Jahresabonnement: mind. CHF/EUR 80.–

Stopp Impf-Pflicht

Am 9. Juni 2024 stimmen wir über die Volksinitiative «Für Freiheit und körperliche Unversehrtheit (STOPP Impf-Pflicht)» ab. Es scheint so, dass die Vorlage im Schatten der gleichentags stattfindenden Gesundheits- und Energie-Abstimmungen etwas unterzugehen droht. Dies, obwohl sie die Stärkung zentralster Grundrechte bezweckt.

Die Initiative wurde im Herbst 2020 zu einer Zeit gestartet, als die Corona-Welle das Land fest im Würgegriff hielt. Die Schweiz hatte ihren ersten Lockdown hinter sich, unvorstellbare Einschränkungen wurden auf einmal real, alles war im Ausnahmehodus. Es war die Zeit, in der die ersten Zulassungsgesuche von eiligst entwickelten mRNA-«Impfstoffen» bekannt wurden und die angekündigte Impf-Freigabe von breiten Kreisen als heilsbringende Erlösung angepriesen wurde. Viel zu viele haben es bereits wieder vergessen: Aber es war auch die Zeit, als sogenannte Experten und «Verhaltensforscher» aus ihren «Löchern» hervorkamen und öffentlich zu schwadronieren begannen, die Schweiz käme nicht an einer Impf-Pflicht vorbei. Wer sich nicht impfen lasse, verhalte sich unsolidarisch und gehöre bestraft.

Heute ist es still geworden um die Angstmacher, Einpeitscher und Ausgrenzungs-Fetischisten von damals. Auch um die Fürsprecher des 2021 eingeführten Covid-

Zertifikats, das Ungeimpften z.B. den Besuch von Restaurants oder öffentlicher Anlässe verboten oder zumindest stark erschwert hat, ist es ruhig geworden. Zwischenzeitlich weiss man halt viel mehr darüber, wann die «Impfung» etwas nützt oder wann eben nicht! Und es zeichnet sich ab, dass noch sehr viel mehr Informationen ans Licht gelangen werden.

Insofern hatten die Initianten der «STOPP Impf-Pflicht»-Initiative einen goldenen Riecher. Sie haben erkannt, dass ein staatlicher Impfwang auch in der freien Schweiz, je nach gesellschaftlicher Dynamik, nicht ausgeschlossen werden kann. Um in der Bundesverfassung zu verankern, dass niemand wirtschaftliche oder soziale Ausgrenzung durch den Staat erfahren darf, der sich nicht impfen lässt, haben sie – präventiv und in weiser Voraussicht – die nun zur Abstimmung gelangende Volksinitiative lanciert.

Ich unterstütze die Initiative mit Überzeugung. Der medizin-ethische Grundsatz, wonach vor jeder medizinischen Handlung (z.B. Operation, Blutentnahme oder Impfung) eine ausdrückliche Zustimmung des Patienten eingeholt wird, hat sich bewährt. Die Selbstbestimmung über den eigenen Körper ist ein hohes Gut, das es zu stärken gilt.

Anian Liebrand

Schluss
Punkt